Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 10. **Donnerstag den 23. Januar 1908.** **36. Jahrgang.**

Erstes Blatt.

Der Kaiser und die Strassendemonstrationen.

In der „Köln. Ztg." lesen wir: Am 14. Januar, zwei Tage nach dem sogenannten Roten Sonntag, hatte das Kaiserpaar um 9 Uhr vormittags die Automobile zur Ausfahrt befohlen. Zu gleicher Zeit war auf dem Schloßhof die Schloßwache der Königl. Schutzmannschaft, wie in den letzten schweren Tagen üblich, zur Postenablösung angetreten. Der Kaiser in Generalsuniform bestieg beim Heraustreten aus dem Zollernportal jedoch nicht das Automobil, sondern schritt mit der Kaiserin quer über den Platz direkt vor die Front der angetretenen Mannschaft und entbot mit dem Rufe „Guten Morgen, Schutzleute!"' seinen Gruß. Ein militärisches kurzes „Guten Morgen, Majestät!" durchbrauste zur Antwort vielstimmig den Schloßhof. Der Führer des Schloßkommandos, Polizeihauptmann Schmahel, erstattete den Frontrapport, worauf der Kaiser freundlich dankte und dem Offizier kräftig die Hand schüttelte. Auf Befehl des Kaisers wurden dann die übrigen Polizeioffiziere des Schloßkommandos, die Leutnants, Schnorrenpfeil, Diesener, Zerener, Puchstein, Lambeck und der neue Vorsteher des Schloßreviers v. Schulz, vorgestellt. Der Kaiser, der über die gesamten Vorgänge sehr gut unterrichtet zu sein schien, sprach ihnen für das energische und doch taktvolle Verhalten der Schutzmannschaft seine Anerkennung und äußerste Zufriedenheit aus. Er wies dann darauf hin, daß mit Rücksicht auf die unausbleiblichen schweren Folgen die Requirierung des Militärs unter allen Umständen wegen solcher Anlässe vermieden werden möchte.

Die Zukunft des Flottenvereins.

Der Verlauf der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Deutschen Flottenvereins hat eigentlich nur insofern Klarheit geschaffen, daß das bisherige Präsidium des Vereins zurückgetreten ist und von der Mehrheit der Versammlung ein Vertrauensvotum erhalten hat. Bevor weitere Entschlüsse gefaßt werden, dürfte bei allen Beteiligten wieder die ruhige Ueberlegung die Oberhand gewonnen haben, die man beim Schluß der Kasseler Versammlung nur zu sehr vermissen mußte. Auch die Bayern haben noch keinen entscheidenden Schritt getan.

Ueber die fernere Haltung des bayrischen Landesverbandes

des deutschen Flottenvereins ist noch nichts entschieden, die Delegierten sind noch nicht von Kassel zurück. Die allgemeine Stimmung ist erbittert, und die Lage wird als sehr schlimm angesehen. Die Münchener Zeitung meint, es bleibe nichts anderes übrig, als die Schaffung eines selbständigen bayerischen Flottenvereins. Die Münchener Neuesten Nachrichten erklären, das Präsidium sei schuld an der schlimmen Situation, es hätte die Leitung der Kasseler Tagung gar nicht übernehmen dürfen und habe dabei weiterhin einen bedauerlichen Mangel an Objektivität bekundet. Die Haltung der bayerischen Delegierten sei unanfechtbar. Im übrigen ist daran zu erinnern, daß auf der Delegiertenversammlung vom 29. Dezember die Einberufung einer Hauptversammlung des bayerischen Landesverbandes alsbald nach der Kasseler Tagung ohnehin schon beschlossen worden ist.

Blutige Zusammenstöße zwischen Schutzleuten und Arbeitslosen.

Für die seit dem Herbst vor. Jahres in der Reichshauptstadt erheblich gewachsene Zahl von Arbeitslosen hatten die sozialdemokratischen Vereine Dienstag mittag Versammlungen einberufen, die insgesamt von etwa 12000 Personen besucht gewesen waren. In den Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Nach einigen Jahren der Prosperität setzt die wirtschaftliche Krise mit erneuter Kraft ein, eine steigende Notlage in den Reihen der Arbeiter hervorrufend. Nur die starken gewerkschaftlichen Organisationen verhindern, daß die Löhne auf das Niveau von Hungerlöhnen herabgedrückt werden und die gesamte Arbeiterschaft dem größten Elend überantwortet wird. Die Versammlung verlangt deshalb 1. vom Staat: a) Sofortige Inangriffnahme aller geplanten Bauten und sonstigen Unternehmungen in eigener Regie unter voller Innehaltung der von den Gewerkschaften festgesetzten Lohntarife, b) Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensmittel, c) Aufhebung aller Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, d) Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung unter Vermeidung aller Bevormundung durch die Behörden.

2. Von den Gemeinden: a) Sofortige Inangriffnahme der geplanten Bauten und sonstigen Unternehmungen, b) sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, c) Erleichterung der kommunalen Verpflichtungen den Arbeitslosen gegenüber.

Die Versammelten weisen aber — wie es in der Resolution weiter heißt — jede Hilfe auf das entschiedenste zurück, die den Charakter der Armenunterstützung tragen würde.

Die Versammlungen verliefen ruhig und kam es in denselben zu keinen Zwischenfällen. Auf den Straßen, namentlich in der Nähe des Schlosses, waren die Schutzmannposten verstärkt. Ein Trupp von 2—300 Arbeitslosen zog durch die Landsbergerstraße zerstreute sich aber auf eine Aufforderung der Polizeibeamten. Später gegen 4 Uhr kam es jedoch zu Unruhen, bei denen die Polizei

mit blanker Waffe

einhieb und eine Anzahl Personen verwundet wurde. Eine amtliche Meldung hierüber besagt:

„Auf dem Schiffbauerdamm gegenüber dem Reichstag kam es am Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und der Polizei, die von einem Theaterneubau mit Ziegeln beworfen wurde. Berittene und Fußpolizei gingen mit blanker Waffe gegen die etwa 2000 Personen zählende Menge vor, wobei eine Anzahl am Kopfe verwundet wurde."

Von anderer Seite wird dem „Berl. Tgbl." im Widerspruch zu der amtlichen Meldung über den Vorfall berichtet: Gegen 4 Uhr nachmittags wollte ein großer Zug von Arbeitslosen, der von Moabit kam, vor das königliche Schloß und zum Palais des Fürsten Bülow ziehen. Die Demonstranten hatten bereits mehrere Ketten von Schutzleuten passiert, als es an der Reichstagsbrücke zu einem ernsten Zwischenfall kam. Nachdem die Arbeiter unter Hochrufen an dem Polizeihauptmann, der das die Brücke besetzt haltende Schutzmannsaufgebot befehligte, vorbeigezogen waren, ließ dieser, angeblich ohne von den Manifestanten provoziert zu werden, plötzlich blank ziehen. Es wurden zirke 20 Personen verwundet; einem Demonstranten wurde das rechte Ohr abgehauen. Nach dem Zusammenstoße ging die Menge auseinander.

Von anderer Seite wird noch gemeldet: Am Schiffbauerdamm kam es heute infolge der

Versuche der Polizei, eine Arbeitslosen-Versammlung zu sprengen,

zu blutigen Krawallen. Nach dem Bericht von Augenzeugen liegt die Sache so, daß die von hinten her durch Schutzleute zu Fuß und zu Pferde gedrängte Menge von etwa 150 bis 200 Leuten am Schiffbauerdamm auf eine Kette von Schutzleuten stieß, die niemand durchließ. Auf der einen Seite die Spree, auf der anderen Seite den Neubau des Operettenteaters, hat die Menschenmenge, zum großen Teil unreife Burschen, nicht mehr gewußt, wohin sich wenden, und daher sei der Zusammenstoß zwischen ihnen und der Polizei gekommen. Wer die Schuld trägt, ist nicht recht festzustellen. Die einen behaupten, daß die Polizei mit blanker Waffe auf die Leute einhieb und daß diese sich darauf zur Wehr setzten, indem sie Ziegelsteine von dem vor dem Bau haltenden Wagen als Wurfgeschosse benutzten. Andere Augenzeugen bekunden, daß mehrere Schüsse auf die Schutzleute abgegeben wurden, worauf diese zum Einschreiten mit der blanken Waffe übergingen, was das Signal zum allgemeinen Kampf wurde, bei dem ein Bombardement mit Ziegelsteinen gegen die Schutzleute einsetzte. Die Detonationen sind unzweifelhaft erfolgt, doch wollen einzelne Augenzeugen bemerkt haben, daß sie nicht von Schüssen, sondern von aufs Pflaster geworfenen Feuerwerkskörpern herrührten.

Der Eindruck,

den man aus alledem gewinnt, ist der, daß die Polizei, die auf dem Wege von der Koppenstr. bis zum Schiffbauerdamm die Demonstranten vergebens zum Auseinandergehen zu bewegen versuchte, in vielleicht begreiflicher Erregung zu rigoros gegen die Volksmenge eingeschritten ist. Allerdings mußte sich jeder, der an einem solchen Demonstrationszuge teilnahm, sagen, daß er dabei seine Haut zu Markte trage, und genügend gewarnt sind die Leute ja durch die Ankündigung des Polizeipräsidiums und des Ministeriums des Innern im Abgeordnetenhause gewesen.

Auch in Hannover

kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitslosen. Als dort in der Schillerstraße eine Anzahl Arbeitslose auf die Ausgabe des Arbeitsnachweises wartete, kam es zu Ausschreitungen, wobei der Wagenschmied Tieling einen Schutzmann beleidigte. Als dieser ihn festnehmen wollte, widersetzte sich Tieling, so daß der Schutzmann genötigt war, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen. Er versetzte dem Wagenschmied einige Hiebe über den Schädel und das Gesicht, so daß dieser im schwerverletzten Zustande mittels Wagens nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er in hoffnungslosem Zustande darnieder liegt. Ein Augenzeuge berichtete noch über den Vorfall, daß ungefähr vier Schutzleute auf Tieling eingeschlagen haben. Unter den übrigen Arbeitslosen entstand eine große Erregung und mußte ein größeres Schutzmannsaufgebot die Menge mit Gewalt zerstreuen.

Deutschland.

— **(Der Kaiser in Kiel.)** Der Kaiser traf Montag abend ganz unerwartet im Automobil in Kiel zur Teilnahme an dem Kostümfeste des Prinzen Adalbert von Preußen ein, das er in der Seebadeanstalt gab. Die Ankunft erfolgte zwischen 7 und 8 Uhr. Der Kaiser begab sich direkt in das königl. Schloß und fuhr nach 8 Uhr mit Prinz und Prinzessin Heinrich nach der Seebadeanstalt. Die Ankunft war geheim gehalten, und erst als der Kaiser durch die Klubräume die kleine Treppe hinabstieg, empfingen ihn seine Söhne. Das Maskenfest hatte inzwischen seinen Anfang genommen.

Prinz Adalbert von Preußen hat das Kostüm eines holländischen Admirals aus dem Mittelalter gewählt und gab um 8 Uhr das Zeichen zum Beginn des Festes. Die Polonaise begann unter den Klängen des von ihm selbst komponierten Fackeltanzes. Erst nach den einleitenden Tänzen wurde die Anwesenheit des Kaisers unter der Festgesellschaft, die in glänzenden und prächtigen Kostümen erschienen war, bemerkt. Der Kaiser und seine prinzliche Umgebung waren zunächst im schwarzen Domino in die Festräume eingetreten. Bevor der Lancier begann, wurden Dominos und Masken ausgetauscht, und der Kaiser erschien im Kostüm des Großen Kurfürsten. Der Kronprinz hat ein russisches Kostüm gewählt, Prinz Heinrich das eines holländischen Seefahrers und die Prinzessin Heinrich das einer Edeldame.

Um 9½ Uhr wurde in einem der Nebensäle das Essen eingenommen. Um 9 Uhr meldeten die Kriegsschiffe die Anwesenheit des Kaisers mit Salutschüssen. Während des Festes ließ sich die Kaiserin über den Verlauf desselben telephonisch unterrichten. Der Kaiser und der Kronprinz sind Dienstag wieder nach Berlin zurückgekehrt.

— **Die Budgetkommission** des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung des Militäretats fort und bewilligte eine ganze Reihe von Kapiteln unverändert nach dem Voranschlag der Regierung. Kriegsminister v. Einem machte über in Aussicht genommene Neu-Uniformierungen der Truppen vertrauliche Mitteilungen.

— **(Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstandes.)** Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hielt am Sonntag in Berlin unter Vorsitz des Abg. Bassermann eine Sitzung ab: Es wurde nach einem einleitenden Vortrage Bassermanns beschlossen, den preußischen Delegiertentag der Partei in Magdeburg abzuhalten. Die Debatte über die Wahlreform knüpfte sich an den Antrag:

Der Zentralvorstand möge die Wähler auffordern, einzutreten in eine Agitation für die direkte und geheime Wahl und für eine gerechtere Wahlkreiseinteilung.

Für öffentliche Stimmabgabe trat grundsätzlich, wie die „Nationalztg." mitteilt, niemand ein, dagegen sprach sich eine ganze Reihe von Rednern, darunter auch solche vom agrarischen Flügel, mit vollster Entschiedenheit für die geheime Wahl aus. Schließlich einigte man sich dahin, den Antrag einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen, die der nächsten Sitzung des Zentralvorstandes Bericht erstatten soll.

— **(Die Freisinnigen und der Block.)** Die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß die Fraktionsgemeinschaft der drei freisinnigen Parteien im Reichstage infolge der Haltung der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage bedroht sei, entbehren nach einem Berliner Telegramm der Frankfurter Zeitung der Begründung. Es herrscht innerhalb dieser Fraktionen über die durch die Wahlrechtserklärung geschaffene Situation und über die daraus sich für die Haltung im Reichstage ergebenden Aufgaben weitgehende Uebereinstimmung, und soweit einzelne Meinungsverschiedenheiten bestehen, sind sie nicht größer, als sie früher gewesen. Die Haltung der freisinnigen Parteien sei durch ihr Programm bestimmt und werde sich durch ihre Stellungnahme von Fall zu Fall bei Beratung der vorliegenden Gesetzentwürfe ergeben. Das Verbleiben oder der Rücktritt Bülows sei für die Erfüllung liberaler Wünsche nicht von der Bedeutung, wie vielfach angenommen wurde.

— **(Französische Aufmerksamkeit.)** Der Chef der französischen Kongo-Kamerun-Mission, Major Moll, hat dem Präsidenten der Republik ein Album mit Photographien aus Mittelafrika überreicht. Ein zweites Album mit dem deutschen Wappen wird Kaiser Wilhelm durch die französische Botschaft in Berlin überreicht werden, zur Erinnerung an die monatelange gemeinsame Tätigkeit deutscher und französischer Soldaten. Die französische-deutsche Kommission, welche auf Grund jener Doppelmission die Grenzen von Kamerun und Kongo festsetzen wird, trifft in aller Kürze in Berlin zusammen.

— **Infolge des Konflikts** des Großherzogs von Oldenburg mit dem Landtage hatte der erstere, wie erinnerlich, seinem Vizeoberstallmeister Herrn v. Wenckstern befohlen, den Vorsitz der Landkörungskommission niederzulegen. Diese Maßregel, mit der der Großherzog seine persönliche Animosität gegen den Landtag das ganze Land entgelten ließ, erregte großes Aufsehen und tiefen Unwillen. Jetzt hat der Großherzog sich entschlossen, den Bitten der Oldenburger Pferdezüchter nachzugeben und sich damit einverstanden erklärt, daß der Vizeoberstallmeister v. Wenckstern die Geschäfte des Vorsitzenden der Körungskommission wieder übernimmt.

Ausland.

Russland.

— **Der Stössel-Prozeß** bot in den letzten Tagen ein besonders widerwärtiges Bild. Im weiteren Verlaufe des Prozesses wegen Uebergabe Port Arthurs trat die gegenseitige Feindschaft der Angeklagten immer schärfer hervor. Smirnow beschuldigte Stössel, er habe niemals an Kämpfen teilgenommen. Stössel entgegnete, Smirnow spreche die Unwahrheit. Fock sagte aus, die Truppen hätten Smirnow mißachtet. — Ein edles Kleeblatt!

Marokko.

— **In Tanger** läuft das Gerücht, daß die französischen Truppen bei Mediuna größere Verluste erlitten hätten. 35 Tote sollen gezählt sein. Am Schlusse des Kampfes soll sich bei den Franzosen Mangel an Munition bemerkbar gemacht haben.

China.

— **Die Beziehungen** der chinesischen Regierung zu Japan haben sich seit einiger Zeit wesentlich verschlechtert. Zu einem offenen Streit ist es jetzt wegen des Bahnbaues in der südlichen Mandschurei gekommen. Der diplomatische Verkehr zwischen Japan und China betreffend die geplante Simminting—Ankumen-Bahn steht auf dem Punkte, daß Japan eine feste Haltung einnimmt und versichert, daß die chinesische Bahn parallel mit der südmandschurischen Bahn laufen würde und daher nicht gebaut werden dürfe, da sie Form und Inhalt des Pekinger Vertrages verletzen würde. Die japanischen Behörden erklären mit Bestimmtheit, nicht zu gestatten, daß der Bau dieser zweiten Linie begonnen werde; sollte er aber schon begonnen sein, dann werde Japan Vorkehrungen treffen, um die Einstellung des Baues zu erwirken.

— **Den Ausbruch** eines allgemeinen Aufstandes lassen Berichte aus der Provinz Tschekiang befürchten. Es wurde daher Befehl gegeben, daß von hier ein Korps von 5000 Mann unter dem Kommando des Generals Yangwewi nach der bedrohten Gegend abgeht, die Truppen werden ihren Weg über Chinwangtai und Schanghai nehmen.

Amerika.

— **Roosevelt über die Flottenfahrt.** Präsident Roosevelt sprach, wie ein Telegramm aus Rio de Janeiro meldet, in Beantwortung eines an ihn gerichteten Telegramms dem Präsidenten von Brasilien Penna für die der amerikanischen Flotte gewährte gastfreundliche Aufnahme seinen Dank aus und fügte hinzu, das amerikanische Panzergeschwader habe keinen anderen Zweck, als dem Frieden und der Gerechtigkeit Schutz zu verleihen, wenn sie bedroht werden sollten. Die Schiffe, welche auf der Fahrt nach dem Großen Ozean Rio de Janeiro angelaufen hätten, seien nicht als Kriegsschiffe sondern als Sendboten der zwischen den beiden großen Republiken bestehenden Freundschaft gekommen.

— **Entdeckung eines Anarchistenkomplotts** gegen die amerikanische Flotte. Aus Rio de Janeiro, der Hauptstadt Brasiliens, kommt eine sensationelle Meldung. Die Polizei ist einer anarchistischen Verschwörung auf die Spur gekommen, welche die Zerstörung eines Teils der amerikanischen Flotte bezweckte. Der Herd der Verschwörung befand sich in Petropolis, Zweigverbindungen in Sao Paulo und Minas Geraes. Ein in Petropolis wohnender Jean Fedher gilt als Hauptverschwörer, es sollen aber auch auskändische Anarchisten beteiligt gewesen sein. In einer amtlichen Note erklärt die brasilianische Regierung, daß sie vor dem Eintreffen der amerikanischen Flotte in Rio aus Washington und Paris Mitteilungen erhalten habe, wonach von Anarchisten verschiedener Nationalitäten Unternehmungen gegen die amerikanischen Kriegsschiffe geplant seien. Die Polizei hat alle Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung derartiger Unternehmungen getroffen.

— **Kanada** entzieht Deutschland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Belgien und Oesterreich mit dem nächsten Jahresbeginn alle Küstenschiffahrtsprivilegien.

Westfalen u. Rheinland.

* **Kamen,** 23. Jan. **(Verschiedenes.)** In einem zusammenfassenden Bericht über den Verlauf von Bergarbeiterversammlungen hebt die „Bergarbeiterzeitung" folgenden für die **Lage im Ruhrgebiet** charakteristischen Passus durch Fettdruck hervor: „Vielfach werde die Meinung vertreten und von der Versammlung stürmisch gutgeheißen, daß der durch die Oktroyierung des Zwangsstatuts gegen die Bergarbeiter vollführte Gewaltakt mit einem sofortigen Streik beantwortet werden müßte."

Der Gesamt-Vorstand des Gauverbandes der **Lehrervereine** im westfälischen Industriebezirk trat vor einigen Tagen in Witten zu einer Sitzung zusammen und faßte nach eingehender Beratung den Beschluß, die von ihm vertretenen 43 Lehrervereine mit weit über 2000 Mitgliedern auf Samstag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, in den Reinoldushof nach Dortmund (Wißstraße 17) zu einer außerordentlichen öffentlichen Gauversammlung einzuladen, in welcher als einziger Gegenstand die Schulaufsichtsfrage zur Verhandlung gestellt wird.

Eine einschneidende **Polizeiverordnung für das Bäckerei- und Konditoreigewerbe** ist durch den Oberpräsidenten für den Umfang der Provinz Westfalen erlassen worden und wird demnächst in Kraft treten. In der Verordnung wird vorgeschrieben, daß der Fußboden der Arbeitsräume nicht tiefer als ½ Meter unter dem umgebenden Erdboden liegen darf. Die Arbeitsräume müssen wenigstens eine Höhe von 3 Meter haben und mit einem festen Fußboden versehen sein. Das Bearbeiten des Teiges mit den Füßen ist verboten, ebenso das Rauchen, Schnupfen und Kauen von Tabak in den Arbeitsräumen. Die in dem Betrieb tätigen Personen müssen während der Arbeit mindestens mit Hemd, Beinkleid und Schuhen, sowie einer Schürze aus weißem Leinen oder Baumwollstoff bekleidet sein. Der übrige Teil der Polizeiverordnung enthält Bestimmungen über die Schlafräume für Gehülfen und Lehrlinge.

W **Hamm,** 22. Jan. **(2 Züge zusammengestoßen.)** Heute nacht 2 Uhr stießen beim Rangieren 2 Güterzüge aufeinander. 2 Wagen wurden vollständig zertrümmert. Mehrere beschädigt Menschen wurden nicht verletzt.

Hamm, 23. Jan. **(Zweigverein vom Roten Kreuz für die Kreise Hamm Stadt und Land.)** Nach der Jahresrechnung für 1906 beträgt die Einnahme 10 722,84 Mk. und setzt sich zusammen aus dem aus 1905 übernommenen Bestande von 9325,68 Mark, aus 1092,40 Mk. Mitgliederbeiträgen und 305,76 Mk. Sparkassenzinsen. Die Ausgabe beträgt 1322,14 Mk., darunter der an den Provinzialverein vom Roten Kreuz für Westfalen zu entrichtende Beitrag von 364,13 Mk., je 300 Mk. für die Hinterbliebenen der bei der Roburitexplosion bei Witten Verunglückten und für die Truppen in Deutsch-Südwestafrika. Es verbleibt demnach ein Bestand von 9400,70 Mk., von welchem 9311,20 Mark bei der Sparkasse der Stadt Hamm zinsbar angelegt sind. — Zu Punkt 2 der Tagesordnung erstattet der Schriftführer den Jahresbericht für 1907, aus dem folgendes zu erwähnen ist: Im abgelaufenen Geschäftsjahre ist die Bildung der Sanitätskolonne Kamen endgültig zustande gekommen. Es bestehen im Vereinsbezirk jetzt 5 Sanitätskolonnen und zwar je eine in Heeren, Herringen, Kamen, Methler und Unna. Der Verein hat in Verbindung mit dem Vaterländischen Frauen-Zweigverein die Errichtung eines Vereinslazaretts übernommen und 40 Lagerausstattungen sichergestellt. Hiervon waren bisher 26 Ausstattungen vorhanden. Im abgelaufenen Jahre sind weitere 7 Ausstattungen beschafft worden, so daß nunmehr 33 Lagerausstattungen vorhanden sind. Infolge einer Anregung des Vorstandes ist in Kamen ein Samariterkursus unter Leitung des Dr. Lutter abgehalten worden, an dem 35 Damen teilgenommen haben. Aus Anlaß eines „Aufrufs an alle Freunde vom Roten Kreuz" hat der Vorstand des Zweigvereins eine Sammlung für die Stiftung „Westfälische Schwesternschaft vom Roten Kreuz" mit regem Eifer und sehr gutem Erfolge ins Werk gesetzt. Die Sammlung, welche bei Abfassung dieses Geschäftsberichts noch nicht abgeschlossen ist, hat bis heute 2586,10 Mk. ergeben. Außer dem vorgenannten Betrage sind von dem Vaterländischen Frauenverein zu Kamen 500 Mark direkt an die Schwesternschaft zu Münster abgeführt worden. Der „Westfäl. Schwesternschaft vom Roten Kreuz" wird ein einmaliger Betrag von 1000 Mk. bewilligt. — Zu Punkt 5 der Tagesordnung, Antrag der Sanitäts-Kolonne Methler auf Bewilligung einer Unterstützung von 50 Mk., beschließt die General-Versammlung behufs Förderung des Interesses an dem Sanitäts-Kolonnenwesen den Betrag von 50 Mk. zu bewilligen. — Zu Punkt 6 der Tagesordnung, Verschiedenes, werden auf Antrag des Herrn Bürgermeisters von Basse die durch die Abhaltung eines Damen-Samariter-Kursus in Kamen entstandenen Kosten im Betrage von 59,60 Mk. bewilligt.

Dortmund, 22. Jan. **(Verschiedenes.)** Im weiteren Verlaufe der **Stadtverordnetensitzung** wurde der Haushaltsetat der städtischen Straßenbahn pro 1908, der im Ordinarium mit 1 960 000 Mk. und im Extraordinarium mit 750 750 Mk. abschließt, gutgeheißen; als Rohgewinn sind 470 000 Mk. vorgesehen, die einer Verzinsung von $6^7/_{10}$ Prozent entspricht. Die Einnahmen vom 1. April bis 31. Dezember 1907 betragen 981 000 Mk. gegen 878 000 Mark im Vorjahre. Die Sparkassenüberschüsse pro 1900 in Höhe von 232 896 Mk. werden dem Antrage des Magistrats gemäß verteilt, außerdem wurde bestimmt, daß für die Unterbringung lungenkranker Kinder noch 1106 Mk. und 5000 Mk. für allgemeine Lungenheilfürsorge dem Wohltätigkeitsverein aus dem aus Sparkassenüberschüssen gesammelten Fonds genommen werden. Auf Anregung wird vom Magistrat betont, daß für die Säuglingssterblichkeit jetzt etwas geschehen soll durch die baldige Errichtung eines Musterstalles und einer Milchküche. Auch in Dortmund sei die Kindersterblichkeit in den ersten Jahren groß und betrage ein sechstel bis ein fünftel. Die Neueinrichtung des Musterstalles und der Milchküche geschehe ohne besonderes Risiko, da der Pächter vier Prozent der Bausumme und evtl. mehr zahlen soll. Auch in anderen Städten erfordere diese Einrichtung wenig Zuschuß und in Metz habe man durch Abgabe der Milch an Wohlhabende zu höheren Preisen 2000 Mk. Ueberschuß erzielt. Für die Beschaffung von Unterrichtsräumen für das technische Lehrerinnenseminar in einer Volksschule durch Umbau und Einrichtung werden statt der geforderten 18 500 Mk. 15 000 Mk. bewilligt in Rücksicht auf die billigeren Materialien und Löhne, sowie auf eine einfachere Einrichtung. Die städt Waldungen in der Gemeinde Berghofen in Größe von 50 Hektar werden für 40 Mk. Entschädigung pro Jahr der Staatsaufsicht unterstellt.

(Attentat in einer Mädchenschule.) Ein unglaubliches Vorkommnis hat sich hier ereignet. Ein Stadtverordneter richtete in der letzten Sitzung an den Stadtrat eine Anfrage ganz eigenartigen Inhalts. Er sagte, es sei kürzlich ein gänzlich fremder Mann in die Martins-Schule gekommen und habe eine Stunde lang in einer Mädchenklasse unterrichtet und die Kinder dabei unsittlich berührt. Der Stadtverordnete fragt an, wie so etwas überhaupt möglich sei. Die Eltern seien über diesen Vorfall sehr erregt. Der Schulrat Dornhecker bestätigte, daß der Zwischenfall allerdings vorgekommen sei, es liege jedoch nicht der geringste Grund zur Beunruhigung vor. (?)

Der Nebel hat stets eine große Gefahr im Verkehr mit sich gebracht und Zugzusammenstöße gehören an solchen Tagen wie der gestrige nicht zu den Seltenheiten. Auch auf der Märkischenstraße erfolgten gestern nachmittag kurz vor drei Uhr, als der Nebel am dichtesten war, mehrere **Zusammenstöße von Motorwagen mit Lastfuhrwerken,** wobei auch Passanten der Straßenbahn erhebliche Verletzungen davontrugen. Um die genannte Zeit fuhr zunächst ein von Hörde kommender Motorwagen der Straßenbahn in der Nähe des Tattersalls auf ein mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk einer auswärtigen Brennerei auf, riß die Deichsel mit den Pferden in die Höhe und schleifte den Wagen ca. 15 Meter mit, wobei ein Pferd eine schwere Beinverletzung erlitt, das zweite jedoch unverletzt blieb. Eine auf dem Vorderperron des Wagens stehende Dame erlitt schwere Verletzungen des Kopfes durch Glassplitter und mußte zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht werden, der ihr die erste Hilfe zu teil werden ließ; der Wagenführer dagegen war mit dem Schrecken davongekommen. Unter den Fahrgästen des betr. Wagens entstand eine Panik, die aber noch gesteigert werden sollte, als wenige Minuten darauf der folgende Wagen von Hörde auf dem gleichen Geleise ankam. Auch dieser prallte zunächst mit einem Fuhrwerk der Geldschrankfabrik von Pohlschröder zusammen und fuhr dann mit voller Wucht auf den ersten Wagen auf, sodaß die zusammenstoßenden Perrons ineinandergedrückt wurden. Hierbei erlitten wiederum mehrere Personen Verletzungen. Der Materialschaden ist ein ziemlich bedeutender und die Entschädigungsansprüche der verletzten Personen dürften auch nicht niedrig sein.

Gestern brach ein etwa 13jähriger Junge der am Rande des Kanals auf dem schwachen Eise Schlittschuh lief, durch und **ertrank.** Sofort angestellte Bergungsversuche blieben erfolglos.

! **Schwerte,** 21. Jan. **Wegen fahrlässiger Tötung** hatte sich die 17jährige Dienstmagd Elisabeth F. von hier vor der Hagener Strafkammer zu verantworten. Das Mädchen diente im Juli vor. Js. bei einem Ingenieur in Dortmund und hatte u. a. auch die kleinen Kinder der Eheleute zu beaufsichtigen. Eines Tages verreiste das Ehepaar auf fünf Tage. Es wurde dem Mädchen eingeschärft, ein wachsames Auge auf die Kinder zu haben und vor allen Dingen mit den Kindern in Dortmund zu bleiben. Kaum war indes die Herrschaft abgereist, so fuhr die Angeklagte mit den Kindern zu ihren Eltern nach Schwerte, angeblich auf Drängen ihrer Mutter, die die Kinder in ihrer 3 Treppen hoch gelegenen Mansardenwohnung besser aufgehoben wähnte, wie in der Wohnung des Ingenieurs. Hier blieb das Mädchen bis zum letzten Termin, wo sie ihre Herrschaft zurückerwarten mußte, mit den Kindern. Am 31. Juli, mittags gegen 12 Uhr, kurz vor der Abreise, schaute die Angeklagte aus dem 22 Meter hoch gelegenen Fenster auf die Straße nach ihrem Bruder aus und als sie diesen erblickte, ging sie in die danebenliegende Küche, um das Essen auf den Tisch zu stellen. Diesen unbewachten Augenblick benutzte die 4jährige Tochter des Ingenieurs, um auf die schmale Fensterbank zu klettern und das Unglück war geschehen. Die Angeklagte, die das Fenster offen gelassen hatte, sah nur noch das arme Kind hinunterstürzen. Als Leiche wurde es aufgehoben. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die grobe Fahrlässigkeit der Angeklagten fünf Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

?(**Bochum,** 22. Jan. **(Messerhelden.)** In der Bethoven-Straße wurde im Streite ein Holländer von einem Landsmann gestochen. Tödlich verletzt wurde er dem Krankenhaus übergeben. — In einer dem Tatort nahegelegenen Wirtschaft stach ein eben aus dem Gefängnis entlassener Geselle einen Gast nieder, welcher aus Versehen ihm das Bierglas umgestoßen hatte.

?(**Bochum,** 22. Jan. **(Vernickeltes Kupfergeld.)** In der Wirtschaft Hasenpflug wurde ein Mann festgenommen, der dort versuchte, präpariertes Kupfergeld als Nickelmünzen auszugeben. Der Mann hatte das Manöver bereits in mehreren Wirtschaften mit Erfolg ausgeführt und war eben dabei, einem Freunde das Rezept der Vernickelung mitzuteilen, als ihn der Arm der Gerechtigkeit ereilte.

☞ **Bochum,** 21. Jan. **(Bergarbeiterversammlungen.)** Die großen Bergarbeiter-Verbände hielten auch am letzten Sonntag wieder zahlreiche Versammlungen ab, in denen die Knappschaftsstatutangelegenheit den Gegenstand der Beratungen bildete. Im Koch'schen Saale zu Wattenscheid fand eine von den Aeltesten des christlichen Gewerkvereins und des alten Verbandes gemeinsam einberufene Versammlung statt, die von etwa 1500 Bergleuten besucht war. Reichstagsabgeordneter Hue berichtete über die Verhandlungen im Knappschaftsverein und über die Erledigung der Interpellationen zur Knappschaftsfrage im Reichstage. Es wurde eine Resolution, die sich im Inhalt mit den schon früher mitgeteilten Resolutionen deckt, angenommen. Im Schlußsatz wird allen Rednern der Parteien, die im Reichstage für eine reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterfragen eingetreten sind, Dank ausgesprochen und im übrigen erklärt, daß alle diejenigen, die direkt oder indirekt die in den Geheimakten der preußischen Regierung liegenden Beweise für die Wahrheit der Bergarbeiterklagen vertuschen oder diese Vertuschung beschönigen, den Bergarbeitern ein himmelschreiendes Unrecht getan haben.

Bochum, 21. Jan. **(Italienische Messerhelden.)** Ohne Grund wurde der Bergmann Dietz in Laer von Italienern überfallen und mit Messern übel zugerichtet. Ein Italiener wurde verhaftet. Der Zustand des Dietz im Krankenhause ist hoffnungslos.

*

Ein Druckfehler im amtlichen Fahrplan.

☞ **Bochum,** 21. Jan. Eine Sache, die besonders Reisende interessieren dürfte, beschäftigte Samstag das hiesige Schöffengericht. Ein hiesiger Kaufmann fuhr eines Abends mit einer Monatskarte berechtigt zur Benutzung aller nicht zuschlagspflichtigen Züge. Der Kaufmann war nun der Meinung, daß der Zug 113, der nachts gegen 1 Uhr in Bochum eintrifft, kein zuschlagspflichtiger Zug sei und diese Ansicht stand im Einklag mit der Angabe des amtlichen Fahrplanes, der an den Fahrkartenschaltern für 30 Pfg. verabfolgt wird. Der Reisende war nicht wenig verwundert, als man ihm beim Verlassen des Bahnhofes die Zuschlagsgebühr von 25 Pfg. abforderte. Es entspann sich zwischen ihm und dem diensttuenden Bahnassistenten eine Auseinandersetzung. Dabei soll der Kaufmann gerufen haben: Sie dummer Mensch, Sie verstehen Ihren Dienst nicht einmal. Warten Sie, wir sprechen uns noch wieder! Einen Bahnsteigschaffner soll er als Schafskopf tituliert haben. Diese beiden Aeußerungen brachten ihm eine Beleidigungsklage ein. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte zunächst, die Aeußerungen getan zu haben. Im übrigen betonte er, daß der Bahnassistent im Unrecht gewesen sei und ihm im Unteroffizierston angeschnauzt habe. Das Gericht prüfte zunächst die Frage, ob der Zug 113 zuschlagsberechtigt ist und stellt fest, daß das amtliche Fahrplanheft tatsächlich den erwähnten Druckfehler enthält. Es war nun weiter zu erwägen, ob diese Fahrpläne, die an den Bahnschaltern zum Verkauf kommen, als amtliche Fahrpläne zu betrachten sind. Die Eisenbahndirektion Essen vertritt den Standpunkt, daß diese Fahrpläne gültig seien und daß Reisende, die, wie in diesem Falle, sich danach richten, der Zuschlag erstattet werden müsse. Der als Zeuge vernommene Bahnassistent bestritt die Gültigkeit dieser Fahrpläne. Das Gericht billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zu, nahm aber an, daß das Maß des Erlaubten überschritten worden sei und erkannte auf 20 Mark Geldbuße.

*

?! **Recklinghausen,** 22. Januar. **(Vom Straßenbahnwagen überfahren.)** Hier wurde ein vierjähriges Mädchen von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren und erheblich verletzt. Das Mädchen, das an Schwerhörigkeit leidet, hatte die Warnungssignale des Wagenführers überhört.

„—" **Hagen,** 22. Januar. **Das Schwurgericht** hat den städtischen Vollziehungsbeamten Multhaupt, der in dem Jahren 1905 bis 1907 etwa 8000 Mk. von Steuerpflichtigen eingezogene amtliche Gelder unterschlagen und die Bücher amtlich fälschte, zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis und Ehrverlust auf fünf Jahre verurteilt.

?(**Essen,** 21. Jan. **Wegen Unterschlagungen** von etwa 20 000 Mark wurde der bei der hiesigen Firma Fröchte als Prokurist tätige Buchhalter Franz Laumen verhaftet. Laumen bezog ein jährliches Einkommen von 8400 Mark, das aber für seine großen Bedürfnisse nicht ausreichte.

?(**Mülheim** (Ruhr), 21. Januar. **In der Ruhr ertrunken** ist am Samstag Abend der 40jährige verheiratete Tagelöhner Bernhard Greifenstein von der Kettwigestraße.

„—" **Remscheid,** 22. Jan. **Durch ein Geschenk des Kaisers** ist einer hiesigen, in ärmlichen Verhältnissen lebenden Familie eine große Freude bereitet worden. Ein verkrüppelter dreizehnjähriger Knabe, dessen verwitwete Mutter sich der mühevollen Aufgabe unterzieht, außer ihren Kindern noch ihre alte Mutter zu ernähren, sehnte sich nach einer Violine, und da der Verdienst seiner Mutter die Beschaffung eines solchen Instruments nicht zuließ, wandte er sich unter Darstellung der Familienverhältnisse heimlich an den Kaiser. Dieser Tage wurde die ahnungslose Mutter aufs Rathaus beschieden, und es wurde ihr außer einer prächtigen Violine und einer Violinschule ein Geldbetrag von 30 Mk. überreicht. Auch wurde ihr anheimgestellt, ihrem Jungen freien Unterricht im Geigenspiel erteilen zu lassen.

?(**Duisburg,** 22. Jan. **(Der Motorwagen im Schlafzimmer.)** Auf der Kaiserstraße sprang ein von Ruhrort kommender Motorwagen mit Anhänger der Kreis Ruhrorter-Straßenbahn aus dem Gleise. Beide Wagen fuhren quer über die Straße, wo ihnen das an der Kaiser- und Roonstraße gelegene Wohnhaus Halt bot. Der Motorwagen rannte mit dem Vorderperron bis in das Schlafzimmer dieses Hauses. Der Wagen ist vollständig demoliert. Bei dem Unfall wurde niemand verletzt. Nach den Angaben der Fahrgäste trifft den Führer keine Schuld. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

?(**Oberhausen,** 22. Jan. **(Von einem Dieb überfallen.)** In Dümpten wurde der Polizeisergeant Rensing, als er den Bergmann Kerskes beim Gemüsediebstahl überraschte, auf seinem nächtlichen Patrouillengang von K. überfallen und mit einem Beil niedergeschlagen. Dann entriß der Dieb dem Beamten den Säbel und brachte ihm drei lebensgefährliche Wunden am Kopfe bei. Der Täter wurde später verhaftet.

?(**Oberhausen,** 22. Jan. **An der Blutfleckenkrankheit,** die in Deutschland bisher nur in ganz wenigen Fällen beobachtet wurde, und die unrettbar in wenigen Stunden zum Tode führt, ist hier ein 15 Monate altes Kind gestorben.

?(**Gladbeck,** 22. Jan. **(Todessturz.)** Der Schreinergeselle Broeter aus Münster, der hier in Arbeit steht, verirrte sich auf dem Heimwege in die Wirtschaft Wormland und schlief auf dem Flur des ersten Stockwerkes ein. Als er hier von dem Wirt überrascht wurde, flüchtete er durch das Schlafzimmer der Frau, öffnete das Fenster und stürzte sich auf den Hof hinab, wo er mit zerschmettertem Schädel liegen blieb. Er starb gleich nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

?(**M.-Gladbach,** 21. Jan. **(Verbrannt.)** Der 11jährige Sohn des Buchdruckers Odenthal geriet mit seinem Nachthemd dem Küchenherd zu nahe. Das Kind stand plötzlich in Flammen und erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald darauf im Krankenhause verstarb.

„—" **Düsseldorf,** 22. Jan. **(Gasexplosion. — Vergiftung.)** In dem Hause Königsallee 60 entstand gestern morgen eine heftige Gasexplosion, als das Dienstmädchen mit einer brennenden Lampe das Wohnzimmer betrat. Das Dienstmädchen ist schwer verletzt worden. Der Sachschaden ist bedeutend. — Hier starb ein zwanzigjähriger junger Mann an Vergiftung, der eine größere Menge Medizin genommen hatte, als der Arzt vorgeschrieben hatte.

„—" **Düsseldorf,** 22. Jan. **(Kriegsgericht.)** Der bei der 2. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 53 in Kalk dienende Vizefeldwebel Leopold Berg sollte während eines Urlaubs am 24. November auf dem Bahnhofe in Bohwinkel nach voraufgegangenem Wortwechsel von seinem Säbel Gebrauch gemacht und einen Mann, der ihn angeblich durch das Wort „Spinner" beleidigt hatte, verletzt haben. Die Aussagen der Zeugen und des Angeklagten widersprachen einander. Das hiesige Kriegsgericht nahm zugunsten des Angeklagten an, daß die Verletzung unbeabsichtigterweise durch das Ziehen der Waffe entstanden sei. Das Urteil lautete auf 7 Tage gelinden Arrest; der Vertreter der öffentlichen Anklage hatte sechs Wochen und einen Tag Gefängnis beantragt.

„—" **Düsseldorf,** 21. Jan. **Das Kriegsgericht** hat die Leutnants der Reserve und Referendare Walter Braun und Rudolf Behmer aus dem Landwehrbezirk Hagen wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen und Kartellt agens zu drei und einem Tag Festung verurteilt. Die Angelegenheit hängt mit Vorfällen auf einem vorigjährigen Fastnachtsball in Hagen zusammen, zu der Austragung des Zweikampfes ist es nicht gekommen.

?(**Düsseldorf,** 21. Jan. **Beim Rangieren** geriet auf dem Bahnhofe Rath ein 35jähriger verheirateter Eisenbahnarbeiter zwischen die Puffer zweier Güterwagen. Die erlittenen schweren Verletzungen hatten den alsbaldigen Tod des Mannes zur Folge.

?(**Rheydt,** 21. Jan. **(Tot aufgefunden.)** Der in der Oberheidenerstr. wohnhafte unverheiratete Händler Heinrich Gläser wurde abends in seiner Wohnung tot aufgefunden. Gläser lag in einer Blutlache auf dem Fußboden des Zimmers. Er hatte ein blutbesflecktes Messer in der Hand, ein anderes lag daneben. Vermutlich hat Gl. in einem Anfall von Geistesstörung Selbstmord begangen.

?(**Neuß,** 21. Jan. **(Eisenbahnunglück.)** Sonntag fuhr auf dem hiesigen Bahnhof eine Rangierlokomotive in einen Viehzug hinein. Der Packwagen des Viehzuges schlug um. Dabei wurden dem Viehtransporteur Karl Schultze aus Stade beide Beine abgequetscht. In der letzten Nacht ist der Verunglückte seinen Verletzungen erlegen.

*

Ein Student als Mörder.

Bonn, 21. Jan. In der weiteren Verhandlung wird der Untersuchungsrichter Dr. Westphal als Zeuge vernommen. Die Vernehmung ergibt, daß der Angeklagte in manchen wesentlichen Punkten früher anders ausgesagt hat als jetzt in der Verhandlung. — Darauf wurden die Kassiber erörtert, die der Angeklagte in die Welt geschickt hat. Der Vorsitzende erklärt den

Ausdruck Kassiber

als Schriftstücke, die ein Gefangener auf einem unvorschriftsmäßigen Wege an die Außenwelt gelangen läßt. Der Angeklagte erklärt, er habe deshalb zu den Kassibern gegriffen, weil seine Briefe zum Teil sehr lange gebraucht hätten, bis sie beantwortet worden wären und zum

Teil gar nicht zur Beförderung gelangt seien. Ein derartiger Brief erhielt u. a. die Sätze: Werde ich freigesprochen, ist's gut; werde ich verurteilt, so brauche ich meinem verpfuschten Leben nicht durch eine Kugel ein Ende zu machen, was sonst der Fall gewesen wäre. — Es wird sodann festgestellt, daß Pagenstedt alle Kassiber in derselben Stelle aus dem Gefängnishofe über die Mauer geworfen hat. Durch das erste Kassiber habe er seinen Vetter Johannes T. benachrichtigt, ihm während seines Spazierganges im Gefängnishof Mitteilung über die Gefängnismauern zu machen. — Vors.: Sie sollen einemal einen Brief erhalten haben, der nicht durch die Hand des Untersuchungsrichters gegangen ist. — Angekl.: Ja, in einem gestärkten Vorhemd befand sich zwischen den Leinenlagen ein Papierstreifen, aber ich konnte nicht lesen, was darauf stand, weil es eine Geheimschrift war, die ich nur mit Hilfe einer Logarithmentafel lösen konnte. — Vors.: Sie haben deshalb in vielen Kassibern Ihre Verwandten um eine Logarithmentafel gebeten. — Angekl.: Ja. — Vors.: Von wem war denn der Brief? — Angekl.: Den Namen werde ich nicht nennen. — Vors.: War es Ihr Dortmunder Freund oder der X? — Angekl.: Ja, der X! (Heiterkeit.)

Während der Verlesung der Kassiber wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Aus dem Inhalt der Kassiber ist zu entnehmen, daß der Angeklagte seinem Vetter mitteilt, die Wirtz habe sich vergiftet, um ihn als Mörder zu stempeln. Aller Mut sei ihm gewichen, als ihm der Untersuchungsrichter gesagt habe, es sei dasselbe Gift, das er auf dem Schranke stehen habe, gewesen. In den Kassibern ist wiederholt von dem X. die Rede. — Vors.: Angeklagter, sagen Sie uns doch

wer ist dieser X?

Wir haben nur die Absicht, hier die Wahrheit festzustellen, ob Sie der Mörder sind oder nicht, auch der Herr Staatsanwalt will lediglich die Wahrheit feststellen, Sie dürfen nicht glauben, daß er gegen Sie arbeitet. Ich ermahne Sie deshalb, Angeklagter, wenn dieser X. ein Mensch von Fleisch und Blut ist, — nennen Sie ihn endlich. Es ist von ungeheurer Wichtigkeit. — Der Staatsanwalt betont, daß dieser X. einer der springenden Punkte sei und regt an, die Verteidiger möchten sich insgeheim noch einmal darüber mit dem Angeklagten besprechen, da es sich für den Fall, daß der Mord nachgewiesen werde, um den Kopf des Pagenstedt handle. Darauf tritt eine kurze Pause ein, während der sich die Verteidiger mit ihrem Klienten in einem Nebenzimmer besprechen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt der Angeklagte, er werde den X. nicht nennen. — Rechtsanwalt v. Coellen: Wir geben den Versuch, den Angeklagten zu einer Erklärung zu bewegen, noch nicht auf. — Der Vorsitzende dringt nochmals auf den Angeklagten ein und hält ihm vor, daß sein Leben auf dem Spiele stehe. — Der Angeklagte erwidert, er sei so abhängig von jenem X., daß er den Namen nicht nennen könne. Der X wisse Geheimnisse von ihm, um derentwillen er ihm später aus dem Wege gegangen sei. — Die Versuche, den Angeklagten zur Namensnennung des X. zu bewegen, scheitern deshalb..

Darauf wurde in der Verlesung der Kassiber fortgefahren. Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß der Zweck der langen Kassiber der sei, daß J. T. dem Angeklagten wenigstens einen, wenn auch anonymen Entlastungszeugen schaffen sollte.

In der Nachmittagssitzung wird in

die eigentliche Zeugenvernehmung

eingetreten. Zeuge Maurer Josef Küppers erzählt, er sei mit zwei Kollegen Franz und Mertens im Kottenforst Maiblumen suchen gegangen, und habe dabei die Leiche aufgefunden. Mertens habe die Hose des Mädchens, die auf dem Gesicht lag, weggenommen, um zu sehen, ob er die Leiche kenne. Da das nicht der Fall war, habe er die Hose wieder hingeworfen. Das Fläschchen lag rechts neben der Leiche. — Zeuge Mertens macht detaillierte Angaben. Die Hose habe das ganze Gesicht bis zum Kinn bedeckt, das Haar sei frei gewesen, der Hut habe daneben gelegen. Aus dem Umstande, daß die Hose auf dem Gesicht lag, habe er geschlossen, daß da

ein Dritter die Hand im Spiele

gehabt habe, denn nur ein dritter könnte das Kleidungsstück nach dem Tode so gelegt haben. Denselben Eindruck habe der Anblick auf den Zeugen Küppers gemacht. — Auch Zeuge Franz stimmt dem zu. — Zeuge Esser-Bonn hat am 12 Mai einen Ausflug im Kottenforst gemacht und die Leiche gesehen. Auch er hat sofort geschlossen, daß hier ein dritter beteiligt sei, denn das Mädchen habe nach all den beobachteten Umständen das Gift nicht selbst nehmen können. Der die Leiche untersuchende Dr. Wagschal sagt aus, die Hände der Toten wären blau gefärbt, die Finger eingekrallt gewesen. Die Leichenstarre war jedenfalls schon vorüber, als die Tote transportiert wurde. Die Starre schwindet in der Regel nach 24 bis 36 Stunden. Er habe geglaubt, es handle sich um einen Selbstmord. — Förster Siegler-Nörtgen bezeugt, neben der Nase der Toten sei eine kleine Wunde gewesen, es habe geschienen, daß auch aus dem Ohr etwas Blut gekommen sei. Der Fundort sei durch Gesträuch geschützt gewesen, wenn nicht gerade die Maiblumenzeit gewesen, wäre die Leiche jedenfalls gar nicht aufgefunden worden, denn gerade dorthin käme sonst das ganze Jahr kein Mensch es sei denn einmal ein Holzhauer oder ein Jäger. Bei der ersten Ortsbesichtigung habe der Zeuge den Angeklagten plötzlich nach der Fundstelle gesehen und dann unstet in die Luft geblickt. Seine Antwort, ob er die Stelle kenne, sei sehr unbestimmt gewesen. — Darauf bekunden die Sachverständigen, daß der Inhalt des Fläschchens eine starke Lösung Cyan gewesen sei. — Forstaufseher Stoffels-Ippendorf bekundet sodann, daß etwa 25 Schritte vom Fundort zwei zusammengenagelte Brettchen gelegen haben. Als der Angeklagte bei der Ortsbesichtigung diese Brettchen wiedergesehen habe, habe er gesagt,

„hier bin ich vorbeigekommen".

(Bewegung im Zuschauerraum.) — Forstaufseher Pröser-Meckenheim bezeugt, daß er in der Nähe der Fundstelle Fußspuren entdeckt habe, die von einem Manne und einer kleinen Person herrühren mußten. Die Spuren seien gleichaltrig, wie man an dem darübergewebten Blütenstaub festgestellt habe. — Im weiteren Verlaufe der Zeugenvernehmung werden auch die Eltern der verstorbenen Anna Wirtz vernommen, die einen Selbstmord ihrer Tochter für völlig ausgeschlossen halten. — Zum Schluß der Verhandlung wurde noch die frühere Geliebte des Angeklagten, namens Albrecht gehört. Diese bricht nach ihrer Aussage ohnmächtig zusammen.

*

Koblenz, 21. Jan. **Der Kassenbote** der Bergisch-Märkischen Bahn hier, Paul Hungerberg, ist nach Unterschlagung von 22 419 Mk. von hier verschwunden. In seiner Begleitung soll sich eine kleine schmächtige Frauensperson befinden.

* **Mannheim,** 21. Jan. **(Hoffnungsvolle Burschen.)** Einen raffinierten Wechselschwindel brachten die Lehrlinge Hermann und Santer zur Ausführung. Hermann besaß noch einige Briefbogen mit Firmenaufdruck und Wechselformulare seines früheren Prinzipals, die er aus dem Geschäft entwendet hatte. Er avisierte nun unter Fälschung der Unterschrift, der Rheinischen Kreditbank, mit der sein ehemaliger Prinzipal arbeitete, einen Wechsel im Betrage von 20 000 Mark, der dann auch von der Bank anstandslos akzeptiert wurde. Diesen Wechsel brachte Hermann nun bei der Dresdener Bank unter, erhielt aber aus Versehen nur 15 000 Mark ausgezahlt. Ohne zu reklamieren, machten sich die beiden Burschen nun eiligst aus dem Staube.

Folgenschweres Eisenbahnunglück.

Montag abend fand bei Pont Aqualeba ein Zusammenstoß zweier Züge statt, bei dem eine Anzahl Personen getötet und verletzt wurde.

Nach einem weiteren Telegramm ereignete sich das Eisenbahnunglück in folgender Weise: Als der Zug von Mailand nach Rom bei Pont Aqualeba angelangt war, fuhr er dort auf den Zug nach Pavia auf, der stehen geblieben war um das Signal „Freie Fahrt" abzuwarten. Die Lokomotive des Zuges nach Rom und die Lokomotive und die letzten Wagen des Zuges nach Pavia stürzten auf die Nebengleise. In diesem Augenblick traf ein von Bergamo kommender Zug ein, der mit der Lokomotive und den umgestürzten Wagen der beiden anderen Züge kollidierte. Der Zusammenprall war furchtbar. Bisher sind

9 Tote aus den Trümmern

des von Bergamo kommenden Zuges hervorgezogen. Mehrere Verletzte wurden in das Krankenhaus nach Mailand gebracht. Der Schatzsekretär Cartano, der sich im Zuge nach Rom befand, ist unverletzt geblieben, ebenso mehrere Senatoren, die sich zum Nasiprozeß nach Rom begeben wollten.

(Näheres siehe 2. Blatt.)

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau, H = Hirsch's Bureau, X = Privattelegramm.

Im Reichstage

stand am Mittwoch zunächst die sozialdemokratische Interpellation auf der Tagesordnung, mit der die preußische Wahlrechtsfrage vor das Forum des Reichstags gebracht wurde. Der Reichskanzler lehnte die Beantwortung des ersten Teils der Anfrage, weshalb er die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet habe, ab, ging aber näher auf den zweiten Teil der Interpellation ein, der sich mit der Konsignierung von Militär in den Kasernen am 12 Januar beschäftigte. Der Standpunkt des Reichskanzlers war kurz der: die Straßen sind für den Verkehr da und nicht für Demonstrationen. Die Polizei ist verpflichtet, dem Gesetz Achtung zu verschaffen, eventuell zu erzwingen. Er warne die Arbeiter, sich nicht von Hetzern und Parteifanatikern zu Ausschreitungen verleiten zu lassen. Nachdem mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Freisinnigen die Besprechung der Interpellation beschlossen war, verließen die Mitglieder des Bundesrats den Saal. Begründet wurde die Interpellation von dem Abg. Fischer-Berlin. Wegen scharfer Ausdrücke gegen den Reichskanzler und die Rechte erhielt der Redner je einen Ordnungsruf. Die Zusammenstöße der Demonstranten in Berlin am 10. und 12 Jan. mit der Polizei seien auf polizeiliche „Lockspitzel" und „Achtaroschenjungen" zurückzuführen. Der konservative Abg. Kreth polemisierte unter Beifall der Rechten, der von stürmischen Zwischenrufen der Sozialdemokraten abgelöst wurde, gegen die Ausführungen Fischers. Nachdem Abg. Graf Hompesch für das Zentrum eine Erklärung zugunsten des Reichstagswahlrechts auch für Preußen abgegeben, lehnte Abg. Wassermann (ntl.) ein Eingehen auf die Wahlrechtsfrage für die Nationalliberalen ab, da dies Landessache sei. Das Vorgehen der Polizei sei gerechtfertigt. Abg. Traeger führte namens der Freisinnigen Volkspartei aus, daß diese auch in Zukunft für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen eintreten werde. In Preußen hätten jetzt sechs Millionäre ebensoviel oder noch mehr Wahlrecht, wie 600 000 Wähler der dritten Klasse. Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die preußische Regierung doch noch das Reichswahlrecht einführen werde, als letztes Mittel zur Befestigung ihrer Herrschaft. Abg. Prinz v. Hohenlohe (Rpt.) lehnt namens seiner Partei ein Eingehen auf die Wahlrechtsfrage ab. Abgeordneter Kölle (Wirtsch. Vgg.) erklärt sich mit der Erklärung des Reichskanzlers einverstanden. Der Redner mußte seine Ausführungen aber infolge plötzlicher Erkrankung unterbrechen. Die Abgg. Schrader (Frs. Vgg.) und v. Payer (Deutsch. Vpt.) vertraten den Standpunkt der bürgerlichen Linken. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Korfanty (Pole), Zimmermann (Antis.) und Wetterle (Els.) wurde die Debatte abgebrochen.

Das Urteil im Peters-Prozeß.

In der Privatklage des Dr. Peters gegen die „Kölnische Zeitung" lautet das am Mittwoch nachmittag vom Schöffengericht in Köln verkündete Urteil wie folgt:

Redakteur Brüggemann wurde auf Grund des Paragraphen 21 Absatz 2 des Preßgesetzes freigesprochen, der Angeklagte von Bennigsen wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Haft verurteilt. Die Kosten trägt der Angeklagte v. Bennigsen mit Ausnahme der durch das Verfahren gegen den Redakteur Brüggemann entstandenen Kosten, die dem Privatkläger zur Last fallen. Alle Exemplare der betreffenden Nummer der „Kölnischen Zeitung" sind einzuziehen und die Platten usw. zu vernichten. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, binnen vier Wochen auf Kosten des Angeklagten v. Bennigsen das Urteil in der „Köln. Zeitung" bekannt zu machen.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß Peters in seinem Briefe an den Bischof Smithies geschlechtliche Motive für die Hinrichtungen des Mabrok und der Jagodja zugestanden habe, mißlungen sei; Peters habe im Gegenteil dies bestritten. Auf Grund der Bekundungen der Zeugen und Sachverständigen kommt das Gericht zu der Ansicht, daß geschlechtliche Motive bei den Hinrichtungen nicht erwiesen seien. Auf Grund der Paragraphen 56 und 200 des Strafgesetzbuches sei der Angeklagte v. Bennigsen daher zu bestrafen. Paragraph 193 sei ihm nach der Rechtssprechung des Reichsgerichts nicht zuzubilligen. Als strafmildernd komme jedoch in Betracht, daß v. Bennigsen nicht aus unedlen Motiven gehandelt habe; deshalb sei der Angeklagte wegen übler Nachrede zu bestrafen. Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß v. Bennigsen bei der Abfassung der Behauptungen von deren Wahrheit überzeugt gewesen sei. Strafverschwerend komme aber immerhin die Schwere der Beleidigung in Betracht.

Prozeß Hohenau-Lynar.

Der Prozeß gegen die Grafen Hohenau und Lynar begann am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der 1. Gardedivision in Berlin. Vorsitzender des Gerichts ist Freiherr v. Pfuel. Graf Hohenau wird vom Justizrat v. Glasenapp verteidigt. Die große Mehrzahl der Zeugen setzt sich zusammen aus Zivilpersonen: Postboten, Museumswächtern, Landwirten, Schutzleuten, Kohlenhändlern, Restaurateuren, Dienern, Arbeitern, ferner befinden sich unter den Zeugen mehrere Wachtmeister, ein Trompeter und einige Mannschaften. Förmlich wie ein fremdes Element nimmt sich unter dieser Zeugenschar eine Frau Erdmann aus. Maximilian Harden ist nicht erschienen, er hat ein ärztliches Attest eingereicht, in dem es heißt, daß er noch immer an den Folgen der rechtsseitigen Rippenfellentzündung zu leiden habe, und daß er noch schwach und hinfällig sei und infolgedessen am Gericht nicht erscheinen könne.

Wie aus der Anklage hervorgeht, wird dem Grafen Hohenau vorgeworfen, daß er hinreichend verdächtig erscheint, im Jahre 1904 sich gegen § 175 des Reichsstrafgesetzbuches vergangen zu haben. Graf Lynar wird beschuldigt, im Jahre 1904 drei selbständige Handlungen begangen zu haben: 1. seine Dienstgewalt gegen die Ordonnanz Pittkau dadurch mißbraucht zu haben, daß er ihm ein Bein massierte und gegen Heese seine Dienstgewalt darin mißbraucht zu haben, daß er ihn unzüchtig anfaßte und 3. Heese, einen Untergebenen, zu einer mit Strafe bedrohten Handlung und zwar Belügen eines Vorgesetzten veranlaßt zu haben; 4. eine Anklage, die noch nachträglich erhoben wurde, wirft dem Grafen Lynar vor, mit einem Untergebenen gegen § 175 verstoßen zu haben.

Im Anschluß an die Verlesung der Anklage stellt der Vertreter der Anklage den Antrag, die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen. Die Begründung dieses Antrages findet unter Ausschluß statt. Nach kurzer Beratung verkündet der Verhandlungsführer, daß das Gericht beschlossen habe, wegen Gefährdung militärgerichtdienstlicher Interessen und wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen, nur den Vertretern der Regierung wird es gestattet, im Saale anwesend zu bleiben. Nachdem der Saal von den Zuhörern geräumt ist, wird mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen. Diese Vernehmung nimmt über eine Stunde in Anspruch, worauf die Zeugen vernommen werden.

Am Mittwoch Nachmittag wurde der Prozeß auf Donnerstag vertagt. In der Sitzung von Mittwoch nachmittag wurde insbesondere der Zeuge Bollhardt eingehend vernommen. Um 4 Uhr trat Vertagung der Verhandlung ein. Am Donnerstag Vormittag 9½ Uhr wird mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Das Urteil dürfte voraussichtlich erst am Freitag gefällt werden.

Zur Berliner Strassendemonstration.

W **Berlin,** 22. Jan. Wie jetzt festgestellt werden konnte, ist tatsächlich vor dem Hause Schiffbauerdamm 31-32 ein Schuß abgegeben worden. Der berittene Schutzmann Gransow hat die Kugel nach dem Absitzen vom Pferde in seinem Mantelkragen vorgefunden, ist aber nicht verletzt worden. — Zu einem weiteren Zusammenstoß ist es Ecke Königgrätzer und Großbeerenstraße gekommen. Dort hatten sich etwa 500 Demonstranten eingefunden, die den Aufforderungen der überwachenden Polizeileutnants, auseinanderzugehen, keine Folge leisteten. Erst als ein weiteres Schutzmannsaufgebot nahte, konnte die Menge auseinandergetrieben werden. Dabei wurden 2 Personen festgenommen., die fortgesetzt schrieen, „Bluthunde, Haut sie".

X **Landsberg** (Warthe), 22. Jan. Auf dem Stadtsee Berlinchen **ertranken 2 Kinder** beim Schlittschuhlaufen. Der Schauspieler Oldten, der sie zu retten versuchte, ertrank ebenfalls.

X **Karlsruhe,** 22. Jan. Gestern abend **vergiftete sich** hier ein 24jähriger Packer und eine gleichaltrige Fabrikarbeiterin mit Karbolsäure und Lysol.

Die Hitze in Australien.

W **Melbourne,** 22. Jan. In verschiedenen Teilen von Viktoria sind infolge der Hitze heftige Waldbrände ausgebrochen. Eine Menge von Pflanzerwohnungen sind niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend.

W **Melbourne,** 22. Jan. Infolge Hitzschlages sind über 100 Personen gestorben.

Verantw. Redakteur: Fr. Meyer in Kamen.

Familien---- ---Ereignisse
wie
Verlobungen, Vermählungen, Geburten, Todesfälle u. s. w.
teilt jeder
Freunden und Bekannten
am zweckmässigsten mit
durch eine Anzeige in der
Kamener Zeitung.

Sie finden Käufer oder **Teilhaber**
für jede Art hiesiger oder auswärtiger Geschäfte, Fabriken, Grundstücke, Güter u. Gewerbebetriebe
rasch und verschwiegen
ohne Provision, da kein Agent, durch
E. Kamsen Nachf. Köln a/Rh. 112 Kreuzgasse 6.
Verlangen Sie kostenfreien Besuch zwecks Besichtigung und Rücksprache.
Infolge der, auf meine Kosten, in 200 Zeitungen erscheinenden Inserate bin ich bereits mit ca. 2500 kapitalkräftigen Reflektanten aus ganz Deutschland und Nachbarstaaten in Verbindung, daher meine enormen Erfolge, glänzenden und zahlreichen Anerkennungen.
Altes Unternehmen mit eigenen Bureaux i. Dresden, Leipzig, Hannover, Köln a/Rh. und Karlsruhe (Baden).
d690

Schreiben Sie eine Postkarte
an das Kaufhaus Max Brings, Mainz No. 46, und verlangen Sie per Nachnahme
ein 10-Mark-Paket franko ins Haus
(bestehend aus 40 Gegenständen)
ohne jede Nachzahlung. Trotz der jetzigen hohen Leinen- und Baumwollwarenpreise sind wir in der Lage, dieses Paket, von welchen 20 Gegenstände schon mehr wie 10 Mk. repräsentieren, zu diesem Einführungspreis abzugeben und zwar nur, um unsere Firma bekannt zu machen und auf neue Bestellungen rechnen zu können.
Nie wiederkehrende Gelegenheit:
6 Meter Stoff zu einem Kleid, vorzügl. Qualität
6 Taschentücher, weißer Linon, gesäumt,
3 Paar Strümpfe, echt diamantschwarz
2 Paar Herren-Socken, echtfarbig
2 Schürzen, garantiert waschecht
6 Handtücher, prima Drell, fertig abgepaßt
6 Servietten, gebrauchsfertig
1 Wachstuchdecke mit reizendem Muster
1 Tischtuch, vollst. groß, mit Blumen und Karomuster
1 Paar elegante Damenhandschuhe
6 Poliertücher mit bunter Kante.
Sämtliche 40 Gegenstände für 10.85 Mk. einschliesslich Verpackung und Porto frei ins Haus.
Nichtkonvenierendes wird bereitwilligst umgetauscht. 94
Kaufhaus Max Brings,
Mainz, No. 46,
Schusterstraße 21. Alte Universitätsstraße.



Der Krieger- u. Landwehr-Verein Kamen

feiert den **Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers**

am **Sonntag d. 26. Januar.** Um **9½ Uhr morgens** tritt der Verein auf dem Schützenhofe zum

gemeinsamen Kirchgange

an. **Abends** von **7 Uhr** an im Vereinslokal:

Konzert, Aufführungen,

Enthüllung des Veteranenbildes und Ball.

Dazu werden die Mitglieder freundl. eingeladen. Schulkinder werden unter keinen Umständen geduldet. Nichtmitglieder zahlen 2 Mk. Eintrittsgeld.

102 **Der Vorstand.**

Krieger- und Landwehr-Verein Methler.



Am **Sonntag, dem 26. Januar,** findet im Lokal des Wirtes **Lunke** um **4½ Uhr nachmittags** beginnend die diesjährige

Kaisersgeburtstags-Feier

statt, bestehend in **Konzert, Aufführung von lebenden Bildern und Ball.**

Auch Nichtmitglieder haben gegen Entree Zutritt.

Morgens 9¾ Uhr tritt der Verein zum Kirchgang an.

97 **Der Vorstand.**

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: Peter Gross.

CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung,

Steinhauerei,

Lager in:

Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppenstufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen, Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc.

Weiss- und Wasserkalk.

Ausführung von: **Marmor-, Terrazzo-, Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten** jeder Art.

Spezialität: **Grab-Denkmäler**

in Marmor, Syenit u. Sandstein. 15

Bäckerei

in **Kaiserau Nr. 167** sofort zu vermieten.

Näheres durch

A. Bußmann in Westünnen,

101 **Kreis Hamm.**

Königl. Maschinenbau- u. Hüttenschule in Duisburg.

Am **1. April 1908** werden neue Lehrkurse eröffnet:

1. für Maschinenbau u. Elektrotechnik, 2. für Hüttenwesen, Giesserei und chem. Grossgewerbe.

Schulgeld: Halbjährlich 30 Mark. h9150

Aufnahmebedingung: 4 Jahre praktische Berufstätigkeit.

Programme werden kostenfrei zugesandt von der **Direktion.**

Wilh. Didier,

Delikatessen, Kolonialwaren,

Weststr. 18, Fernruf 154,

empfiehlt von heute eingetroffener Sendung 103

Ia. großen Nordsee-Angel-Schellfisch.

Große Sendung

Waldhasen,

letzte der Saison,

trifft **Donnerstag** ein. 104

Kaufhaus-Lebensmittel

Johanna Glaesser

Kamen, Weststraße 49.

Fahnen Reinecke, Hannover.



Kaisers Geburtstagsfeier 1908!

Am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers und Königs wird am **27. dss. Mts., vormittags von 11½—12 Uhr**

Konzert

auf dem **Marktplatze** stattfinden. Um **6 Uhr** ist

Fest-Essen

im Gasthofe **„Zum König von Preußen".** Sollte jemandem aus Versehen die Liste nicht vorgelegt sein, so bitten wir, im genannten Gasthofe eine Karte zu lösen. Daselbst wird am Festtage von mittags 12 Uhr ab die Tafel gedeckt sein und ist es jedem Festteilnehmer unbenommen, sich an derselben einen Platz zu belegen. Unsererseits werden Plätze nicht belegt. z107

Der Fest-Ausschuß:

i. A.: v. Basse.

Bekanntmachung.

Die städtischen Bureaus und Kassen sind am **Kaisers-Geburtstage,** Montag, den 27. Januar 1908, **geschlossen.**

Das Standesamt ist an diesem Tage wie an Feiertagen, die auf einen Wochentag fallen, **von 9—10 Uhr vormittags geöffnet.**

Der Magistrat: v. Basse.

Holzversteigerung

Haus Velmede.

Donnerstag, den 30. d. M., morgens 11 Uhr,

sollen im Forstdistrikt Mühlenbrauck die nachstehend aufgeführten Hölzer öffentlich meistbietend zum Verkauf ausgeboten werden:

1. **150 Stück Rottannen, Fichten zu Gerüststangen, Leiterbäumen, Frechtungen und Baumpfählen;**
2. **10—20 Stück Eichen zu Bretter und Bauholz;**
3. **150 Stück Buchen zu Nutz- und Brandholz;**
4. **60 Raumm. Eichen- und Erlenstangen zu Frechtungen und Brandholz.**

Töddinghausen, den 22. Januar 1908.

961 **Blödom, A.-K.**

In gänzlich neuer Bearbeitung erscheint gegenwärtig:

130000 Artikel — **Meyers Kleines** — 6000 Seiten

Konversations-Lexikon

Siebente Auflage

520 Tafeln — 6 Halblederbände zu je 12 Mark — 110 Karten

Leipzig und Wien

Bibliographisches Institut



Garde-Verein Kamen

feiert den

Geburtstag Sr. Maj. des Kaisers

am **Samstag dem 25. Januar 1908, abends 7½ Uhr,** im Schützenhof (W. Reinhard) durch

gemütliche Abend-Unterhaltung.

Nichtmitglieder können durch Mitglieder eingeführt werden. i103

Der Vorstand.



Besitzung

Nordstraße 33

bin ich willens bei geringer Anzahlung zu **verkaufen.** 98

Kamen. **F. Heckmann.**



Artillerie-Verein KAMEN.

Diejenigen unserer Mitglieder, die dem Krieger- u. Landwehr-Verein **nicht** angehören, können

Einlaßkarten

zur Kaisers-Geburtstagsfeier am **Sonntag d. 26. Jan.,** bei unserem 1. Vorsitzenden in Empfang nehmen. 92

Der Vorstand.

Suche zum 1. April hier eine

Wohnung

von 4 oder 5 Zimmern, Gas, Badezimmer und Zubehör.

Offerten an

Schmedding,

Münster i. W.,

100 **Wollbeckerstraße 18.**

Eingefriedigter

Garten

am Krankenhause gelegen, ist **anzupachten** von 95

T. Dröge,

Weststraße 24.

Ein Schmiede-Lehrling

kann zu Ostern noch Stelle erhalten. 79?

A. Kötter, Lerche.

Ein

Schmiede-Lehrling

zu Ostern gesucht.

Kamen. 99

F. Heckmann.

Modes!

Ein junges Mädchen, das Lust hat, das Putzfach gründlich zu erlernen, kann sofort oder zu Ostern Stelle erhalten.

Wilh. Geldmacher,

Kamen, Bahnhofstraße 12.

Einziges Spezial-Putzgeschäft am hiesigen Platze. 106

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Vakanzen-Post" Eßlingen 22. m361

Trauringe

in jeder Preislage, Kugelringe ohne Lötfuge habe in grosser Auswahl stets am Lager.

Reparaturen an Gold- u. Silberwaren

auf eigener Werkstatt. 83

Jul. Erlenbeck,

Goldschmied,

Kamen, Weststrasse 65.

P. P.

Viele Jahre litt ich an einer nassen Wanderflechte, versuchte vieles, aber alles umsonst, bis ich 1904 in der Zeitung von Ihrer Rino-Salbe las. Ich kaufte mir 2 Dosen à Mk. 1.— u. die Flechte ist seitdem verschwunden. Ich sage Ihnen meinen besten Dank so spät, weil ich erst wissen wollte, ob der Erfolg ein dauernder ist, was ich jetzt nach 3 Jahren wohl annehmen darf.

Em. Marx.

Görlitz, den 14./2. 06.

Diese Rino-Salbe wird mit Erfolg gegen Beinleiden, Flechten und Hautleiden angewandt, ist in Dosen à Mk. 1.— und Mk. 2.— in den meisten Apotheken vorrätig; sie ist aber nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot und Firma Schubert & Co., Weinböhla. Fälschungen weise man zurück. 8713

Die besten **Eierleger** sind unsere ital. Hühner. Millionen gelief. Ca. 4 Monat alte M. 1.75, bald legende M. 2.20, legreife M. 3.—, bei 10 St. 1 Freihuhn. Garantie leb. Ankunft. Katalog frei üb. sämtl. Zuchtgeflügel, tragb. Geflügelhäuser, Zuchtgeräte etc. h8084 Geflügelpark i. Auerbach 25 Hess.

Ia. Pflaumen

Pfd. **45** Pfg. empfiehlt

J. Brombach.

Wilh. Didier,

Delikatessen, Kolonialwaren,

Weststr. 18, Fernruf 154,

empfiehlt

Roheß-Bückinge

große, fette Fische, Stck. **5** ₰, 6 Stück **25** ₰, Kisten (ca. 30 Stück) **1.10** M. 93

Ferner:

echte Kieler Sprotten.

Druck u. Verlag von C. Mayer in Hörde.

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 10. **Donnerstag den 23. Januar 1908.** **36. Jahrgang.**

Zweites Blatt.

Die neuen Felduniformen.

Die Versuche mit neuen Felduniformen sind beendet. Es ist mit ihrer Massenanfertigung begonnen worden. Die bis zum April vorigen Jahres bei verschiedenen Truppenteilen und Truppengattungen ausgeprobten Uniformen ähnelten in bezug auf den Schnitt dem alten Waffenrock. Die Grundfarbe des Tuches war graubraun u. grau-grün; der niedriger gewordene Stehkragen und die Aufschläge waren bei der Infanterie von rotem, bei den Jägern von grünen, bei der Feldartillerie von schwarzem Tuch. Eingehende Versuche haben aber bewiesen, daß diese Farbenkontraste gegen die Grundbedingung einer Felduniform, nämlich die der Unscheinbarkeit, erheblich verstießen. Daher mußten die Unterschiede zwischen dem Grundtuch des Rockes und den Aufschlägen und dem Kragen verschwinden. Mit ihnen wurde auch der altpreußische Stehkragen geopfert und mit ihm wieder die nicht minder altpreußische steife Binde. Wohl zur größten Freude des im Schweiße seines Angesichtes einhermarschierenden Infanteristen!

Der Stehkragen ist durch einen Umlegekragen, der hochgeklappt die Ohren schützt. die Binde durch ein praktisches graues Halstuch ersetzt worden. Als Grundfarbe ist bei den Jägern und Schützen feldgrün, bei den übrigen Waffengattungen feldgrau mit einem leichten Schimmer ins Bräunliche gewählt worden. Beide Farben haben sich in der Praxis gleich gut bewährt. Rock, Kragen, Aufschläge und Achselklappen sind aus ein und demselben Stoffe gefertigt. Die einzelnen Waffengattungen unterscheiden sich nur durch schmale, um den Kragen und die Aufschläge herumlaufenden Biesen in den traditionellen Waffenfarben, die einzelnen Armeekorps durch schmale, in den Armeekorpsfarben gehaltene Biesen um die Achselklappen. Diese schmalen, farbigen Biesen verschwinden für das Auge schon in einer Entfernung von wenigen Schritten. Auch sonst ist alles Auffallende vermieden. Die in der Sonne blinkenden Knöpfe sind in Fortfall gekommen und durch matt bronzierte ersetzt worden.

Die Statistik der Verluste der letzten großen Kriege, einschließlich der Kämpfe in Südwestafrika, zeigen erheblich größere Prozentzahlen an Offizierverlusten gegenüber den Verlusten an Mannschaften. Hieraus resultiert die dringende Forderung, den Offizier nicht auffälliger zu kleiden als die Mannschaften, um die Truppe nicht unnötigerweise und frühzeitig ihrer Führer zu berauben. Von diesem Standpunkt ist eine bei der Neuuniformierung der Armee eingeführte Neuerung sehr zu begrüßen. Die Offiziere sollen im Mobilmachungsfalle ihre Röcke von den Regimentskammern gegen Bezahlung aus den Mobilmachungsgeldern erhalten. Dies Verfahren hat den großen Vorteil, daß die Offizierröcke sich in der Farbe nicht im geringsten von denen der Mannschaften unterscheiden, was bisher vielfach noch der Fall war.

Landwirtschaftsfragen.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses begann die Verhandlungen über den Etat mit der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Einem Bericht über die gepflogenen Beratungen entnehmen wir das Folgende:

Beim Titel „Ministergehalt" gelangte die Frage der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes mit Rücksicht auf eine Vorlage der ostpreußischen Landschaft zur Besprechung. Der Minister erklärte, daß sich bei Prüfung der Vorlage rechtliche Bedenken ergeben hätten, jedoch die Hoffnung der Beseitigung dieser Bedenken bestehe und voraussichtlich demnächst die königliche Ermächtigung zur Durchführung der Entschuldung in Ostpreußen erteilt werden würde. Bei der Behandlung der Frage der Bestrafung des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter und Arbeitgeber äußerte sich der Minister dahin, daß er von neuem die gesetzliche Regelung dieser Frage einer Prüfung unterziehen werde. Ein Antrag des Zentrums auf Einstellung von Mitteln in den Etat zum Zwecke der Unterstützung von Besitzern, insbesondere an den Grenzen, zum Ersatz des ihnen durch die veterinären Sperrmaßregeln erwachsenden Schadens wurde angenommen, obgleich der Regierungsvertreter erklärt hatte, daß diesem Antrage prinzipielle Bedenken entgegenständen. Auf eine Anfrage erwiderte der Minister, daß ein Wassergesetzentwurf den Behörden zur Begutachtung vorgelegt sei und vielleicht in nächster Session dem Hause zugehen werde, und daß das Weingesetz bereits dem Staatsministerium zur Entscheidung unterbreitet sei. — Bei den zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen geforderten 1 429 000 Mark gelangten die Schäden zur Besprechung, welche in Ostpreußen durch die ungünstige Witterung des vergangenen Jahres entstanden seien. Die zur Beseitigung dieser Schäden bereitgestellten 184 000 Mark wurden bewilligt. Mit der Beratung der Denkschrift über die innere Kolonsation von Posen, Ostpreußen und Pommern wurde die Beratung eines konservativen Antrags verbunden, auch für andere Provinzen Mittel bereit zu stellen für gemeinnützige Landgesellschaften, die sich den Erwerb von Liegenschaften zwecks Aufteilung zur Förderung der inneren Kolonisation zur Aufgabe stellen. Der Antrag gelangte einstimmig zur Annahme. Ferner wurde die Aufteilung von Domänen zum Zwecke der Ansiedlung von Arbeitern befürwortet. — Nachdem der Minister hinsichtlich des Wetterdienstes erklärt hatte, daß dieser auf Grund der Erfahrungen in Amerika und durch die drahtlose Telegraphie eine Förderung erfahren werde, wurde das Extraordinarium bewilligt.



Geh. Rechnungsrat J. Sturtz, Geschäftsführer. Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Präsident. Generalmajor z. D. Keim, Präsidialmitglied.

Das Präsidium des Deutschen Flottenvereins.

Aus aller Welt.

— **Die Eroberung der Lüfte.** Zu den vom Grafen Zeppelin zu lösenden Aufgaben, die die Vorbedingung für die Uebernahme der beiden Luftschiffe von seiten des Reiches gegen die vereinbarte Entschädigung von 2 150 000 Mark bilden, wird berichtet, daß es sich in erster Linie um eine ununterbrochene vierundzwanzigstündige Fahrt handelt. Diese dürfte vom Bodensee aus das Rheintal hinunter über Basel in der Richtung auf Mainz gehen und einen Weg von etwa 700 Kilometern zurücklegen. Hierbei hat das Luftschiff größere Höhe als bisher zu erreichen, für die in erster Linie militär-technische Gesichtspunkte maßgebend sind. Schließlich ist die Landungsfähigkeit auf festem Boden an einer zu vereinbarenden Stelle nachzuweisen. Infolge der Havarie der Ballonhalle, durch die auch das fertige Luftschiff erheblich beschädigt wurde, darf man annehmen, daß dieser Probeflug nicht vor Ende Juni stattfinden wird. — Am 25. d. M. spricht Graf Zeppelin im Saale der Berliner Singakademie über die „Eroberung der Lüfte".

— **Die Russin** Tatiana Leontiew, die Charles Müller im Hotel „Jungfrau" in Interlaken ermordet hat, wurde aus dem Berner Zuchthause in die Irrenanstalt Münsingen bei Bern versetzt, weil sie ganze Nächte lang schrie, die Fenster zerschlug und die Nahrung verweigerte.

— **Der Raubmörder August Sternickel,** über dessen erste Festnahme und Flucht wir berichteten, wurde im Braunschweigischen wieder angehalten, schaffte sich aber den Beamten durch einen wuchtigen Stoß vom Leibe und entfloh abermals.

— **Zum Tode verurteilt** wurde vom Prager Schwurgericht die Schmiedsgattin Jarosch, die ihre zwei unehelichen Kinder in der Absicht, sie zu töten, bestialisch mißhandelt hatte. Eins der Kinder war den Verletzungen erlegen.

— **Eine Stiftung** von 12 000 Mk. vermachte eine unbekannte Dame dem westdeutschen Jünglingsbund. Außerdem stellte sie dem christlichen Verein jünger Männer in Wien für einen Neubau 40 000 Mk. in Aussicht. Im vorigen Jahre hatte die Stifterin für den Bau eines Soldatenheims in der Senne 5000 Mk. geschenkt.

— **Ein Familiendrama** ereignete sich am Donnerstag mittag in Dresden. Dort erschoß in einer Dachwohnung des Hauses Freiberger Straße 25 der 30 Jahre alte Bierausgeber Hofmann seine beiden Kinder, ein 4 Jahre altes Mädchen und einen 1½ Jahre alten Knaben, und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Nachbarsleute, die die drei Revolverschüsse vernommen hatten, ließen die Wohnung gewaltsam öffnen und fanden alle drei Personen bereits entseelt vor. Die Mutter der Kinder betrat wenige Augenblicke später die Wohnung. Sie kann sich das Motiv der Tat nicht erklären.

— **Selbstmord** beging in Rovigno bei Triest auf der Straße zum Friedhof Prof. Dr. Rudolf Burkhardt, Leiter der dortigen zoologischen Station des Berliner Aquariums, indem er sich infolge eines neurasthenischen Leidens mit einem Schuß aus einer Browningpistole entleibte.

— **Ein furchtbares Verbrechen,** das vor mehr als 4 Jahren in Botenwald in Mähren an drei Schwestern verübt wurde, scheint jetzt seine Aufklärung gefunden zu haben. In der genannten Ortschaft wurden nach dem „Berl. Tagebl." am 3. Dezember 1903 die drei unverheirateten Töchter der Witwe Krischke ermordet aufgefunden. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft ist jetzt der eigene Bruder, der Schneider Johann Krischke verhaftet worden.

*

Ein Eisenbahnunfall

hat sich Montag früh bei Mannheim ereignet Der um 4 Uhr 15 Minuten von Mannheim abgehende Personenzug 736 stieß um 5 Uhr 15 Min. vor dem Signal der Station Graben-Neudorf auf den abgerissenen Schluß des vorausfahrenden Güterzuges 5254 auf. Reisende wurden nicht verletzt. Der Zugführer und der Heizer des Personenzuges wurden leicht verwundet. Beide Geleise sind gesperrt. Die Schnellzüge werden über Heidelberg-Bruchsal umgeleitet. Der durchgehende Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten.

*

Unfall auf dem Eise.

In Maldeuten (Ostpreußen) wollte, wie die „Elbinger Zeitung" meldet, Sonntag der Eigentümer Hensel aus Wilmsdorf zur Generalprobe Samrodtsees bei Maldeuten fahren. Als das Schlittenfuhrwerk, auf dem sich acht Personen, darunter fünf Kinder, befanden, in der Nähe der Eisenbahnbrücke war, brach die Eisdecke ein und das ganze Fuhrwerk stürzte ins Wasser. Drei Kinder wurden als Leichen geborgen, ein viertes Kind wurde noch mit schwachen Lebenszeichen aus dem Wasser gezogen, ist aber inzwischen gestorben. Die übrigen Personen wurden gerettet.

*

— **Bei einem Tunneleinsturz** in Shanghai sind 180 Menschen ums Leben gekommen. Der Einsturz ereignete sich bei einem Bahnbau, den chinesische Ingenieure zum erstenmal ohne ausländische Hilfe unternahmen.

45 Tage verschüttet und gerettet.

Länger als sechs Wochen haben die drei Bergleute Bailey, Brown und Macdonald, die wie wir wiederholt berichteten, in einer Kohlengrube in Nevada lebendig begraben waren, auf ihre Rettung warten müssen, bis es jetzt endlich gelungen ist, sie zu Tage zu fördern. Nach fünundvierzigtägiger Gefangenschaft konnten Sonntag sie wieder ans Tageslicht gebracht werden. Am 4. Dezember waren sie in einem Schacht der Giroxmine bei Ely in Nevada 1000 Fuß unter der Erde verschüttet worden. Wie durch ein Wunder blieben sie dem Leben erhalten, denn die zusammengestürzten Balken bildeten eine geräumige Schutzwand für die drei, hinter der sie atmen und sich notdürftig bewegen konnten. Auch eine Röhre und das Telephon waren unbeschädigt geblieben Durch die Röhre konnten ihnen Nahrungsmittel zugesendet werden, und durch das Telephon verständigten sie sich mit der Außenwelt. Trotzdem Tag und Nacht an ihrer Befreiung gearbeitet wurde, gelang es jetzt erst, den Weg zu den drei lebendig Begrabenen freizulegen. Sie trugen ihre gefährliche Gefangenschaft mit gutem Humor; das einzige, was sie sehr entbehrten, war das Licht, an das sie nun erst langsam wieder gewöhnt werden müssen.

*

— **Feuer** ist im Geschäftsviertel von Newcastle ausgebrochen, durch welches ein Schaden von annähernd vier Millionen Mark verursacht wurde. Mehrere Personen erlitten Verletzungen.

— **Opfer des Eises.** Auf dem Werblitzsee bei Soldin brach der Fischer Zenkert ein und ging unter, Die ihm zu Hilfe eilenden Fischer Reinke und Albrecht brachen ebenfalls ein. Alle drei ertranken.

— **Pistolen-Duell.** Die Münchener Post meldet, daß in Metz zwischen zwei bayerischen Offizieren, einem Major und einem Hauptmann, ein schweres Pistolenduell wegen einer Eheirrung stattgefunden habe. Einer der Offiziere soll seinen Verletzungen erlegen sein. Das Kriegsgericht möge antworten, Vertuschungen helfen doch nichts.

— **Zum Tode verurteilt.** Der 18jährige Fuhrmann Emil Thouvenin aus Ancy, der am 12. Dezember v. J. in Lorry die 80jähr. Frau Donet und ihren Sohn ermordet und beraubt hat, ist von dem Metzer Schwurgericht wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden.

Eisenbahnunfälle.

Dienstag vormittag 5,35 Uhr ist der Personenzug 456 von Erbach bei der Einfahrt in Hanau auf eine Maschine mit Packwagen aufgefahren. Die Maschine und der Packwagen entgleisten und wurden stark beschädigt. Elf Reisende und drei Bedienstete wurden leicht verletzt.

Zwischen den Stationen Großschuder und Herrnstadt der Liegnitz-Rawitscher Bahn wurde von Verbrecherhand ein großer Stein auf die Schienen gelegt. Die Lokomotive eines Zuges entgleiste und wurde schwer beschädigt. Wenige Stunden später wurde an derselben Stelle ein zweiter Stein rechtzeitig vom Zugpersonal entdeckt.

*

— **Ein holländischer Spielerprozeß.** Seit etwa zehn Tagen spielt in Amsterdam ein aufsehenerregender Prozeß gegen die Mitglieder eines „Club de bienfaisance", in dem seit Jahren hoch gespielt wird. Der Gründer des Klubs ist ein Deutscher namens Politzer. Da jeder Spieler Mitglied des Klubs werden mußte, gestaltet sich das Zeugenverhör äußerst schwierig, Der Klub hatte in London, Ostende, und Westdeutschland Vertreter, die Spieler — darunter auch Offiziere — aller Nationalitäten heranschleppten. Auch aus Köln, Wiesbaden und Dortmund treten Spieler als Zeugen auf, die hohe Summen verloren. So verlor ein Herr Rousseuw etwa 100 000 Francs. Der Klub wurde von der Polizei aufgehoben. Die Zeugen bekunden, daß in Holland mehrere solcher Klubs bestehen, die unter dem Namen „Geselligkeit" Hazardspiele treiben.

— **Feuer im Großfürsten-Palais.** Montag nachmittag brach im Palais des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch und im Ministerium für Volksaufklärung fast gleichzeitig Feuer aus, das nach mehreren Stunden Löscharbeit unterdrückt wurde. Die in letzter Zeit auffallende Zunahme der Feuersbrünste ist zumeist auf das durch die Kälte hervorgerufene starke Heizen und die mangelhaften Schornsteine zurückzuführen. Die Gerüchte, daß die Brände von Terroristen verursacht würden, sind bisher nicht erwiesen.

Wetter-Nachrichten.

Auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

23. Jan.: Feuchtkalt, vielfach Schneegestöber, windig.
24. Jan.: Kälter, wolkig, strichweise Niederschläge, windig.
25. Jan.: Wolkig, bedeckt, teils heiter, kalt.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung vom Dienstag steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches, das sogen.

Telefunken-Gesetz.

Staatssekretär Kraetke: Der Anlaß zu dem Gesetz hat weitere Anwendung und Entwickelung der Funkentelegraphie gegeben. Das Gesetz ist nötig, damit das Reich die Funkentelegraphie für ihre eigenen Zwecke für Herr und Marine und im internationalen Verkehr verwenden kann. Die Funkentelegraphie hat sich bisher von großem Nutzen erwiesen. Doch haften ihr noch große Unvollkommenheiten an, da sie an keinen Draht gebunden ist und Störungen naturgemäß häufig vorkommen. Die Funkentelegraphie fällt unter das Telegraphengesetz, darin besteht wohl kein Zweifel, doch war eine Novelle zu dem Gesetz nötig. Das Reich soll allen Schiffen und allen Stationen auf dem Lande vorschreiben können, welche Bedingungen sie erfüllen müssen, um die Funkentelegraphie anwenden zu dürfen. Ich bitte Sie, dem Entwurf zuzustimmen. — Abg. Euen (Kons.) stimmt namens seiner Partei dem Entwurf zu, es handle sich um ein Monopol ohne fiskalischen Charakter. — Abg. Schneider (Zentr.) bleibt vollkommen unverständlich. — Abg. Dr. Junck (Natl.) beantragt, den Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Der Entwurf ist eine Notwendigkeit, da bei der Funkentelegraphie die Gefahr besteht, daß die elektrischen Wellen von anderen Stationen als von denen, für die sie bestimmt sind, aufgefangen werden, und man hiergegen Vorkehrungen treffen muß. Ueber einige Punkte, namentlich bezüglich des internationalen Verkehrs, muß uns jedoch noch nähere Auskunft erteilt werden. Mit freudigem Stolz können wir feststellen, daß es Deutsche waren, namentlich der verstorbene Physiker Hertz, die auf dem Gebiete der Funkentelegraphie ganz Hervorragendes geleistet und die Sache wesentlich gefördert haben. Marconi hat nur die Erfindungen von Hertz weiter ausgebaut. — Abg. Dr. Delbrück (Fr. Vgg.): Es ist wichtig, daß bei der Funkentelegraphie noch viele Störungen und Unsicherheiten vorkommen. Von einem französischen Kriegsschiff, auf dem sich der Präsident befand, wurde das Telegramm ausgegeben: Der Präsident befindet sich wohl. Als Antwort kam zurück: Ich pfeife darauf. (Heiterkeit.) Es konnte nicht festgestellt werden, von wem das Telegramm kam. Wir begrüßen es, daß durch diese Vorlage dem planlosen Durcheinandertelegraphieren ein Ende gemacht wird. — Abg. Dr. Frank (Soz.): Wir sehen in solchen internationalen Verträgen eine wirksame Propaganda der Tat für die Sache des Friedens. Wir vermissen jedoch in dem Gesetz eine Gewähr dafür, daß der Verkehr wirklich gesichert und nicht etwa zugunsten militärischer Zwecke gehemmt wird. Auch bezüglich der Gebühren hätten in dem Gesetz selbst Bestimmungen getroffen werden müssen. Wir können hier dem Reichskanzler keine Blankovollmacht geben.

Hiermit schließt die Debatte. Der Entwurf geht in eine Kommission von vierzehn Mitgliedern.

Es folgte die Vorlage über die Abänderung des

Majestätsbeleidigungsparagraphen.

Abg. Roeren (Zentr.), der zu allgemeinem Erstaunen wieder die Rednertribüne besteigt, führt aus, die öffentliche Meinung habe sich gegen die Vorlage ausgesprochen, doch seien manche Besserungen in dem Kommissionsbeschlusse enthalten. Die wichtigste Aenderung der gegenwärtigen Vorlage enthalte die Befugnis, nach der nicht wie bisher jede einfache ehrenbeleidigende Aeußerung, sondern diejenigen, die böswillig und mit Vorbedacht getan seien, als Majestätsbeleidigung betrachtet werden sollen. — Abg. Dr. Brunstermann (Rpt.) legt dar, das Prinzip der Vorlage sei durch die Beschlüsse der Kommission voll gewahrt, er trage daher kein Bedenken, der Kommissionsfassung zuzustimmen. — Abg. Heine (Soz.) meint, gegen den Entwurf bedeuteten die Kommissionsbeschlüsse gewiß einen Fortschritt, doch könnte er dafür in erster Linie nicht stimmen, sondern für einfache Aufhebung der Majestätsbeleidigungsparagraphen. Redner geht dann auf den Ausgang des Majestätsbeleidigungsprozesses gegen die Königsberger Volkszeitung [illegible] den Artikel der Memeler Schandsäule ein.

Staatssekretär Dr. Nieberding

geht zunächst auf einen eben eingebrachten sozialdemokratischen Antrag ein, wonach die Paragraphen des Strafgesetzbuches, welche die Majestätsbeleidigungen behandeln, überhaupt aufgehoben werden sollen. Wenn die Antragsteller konsequent sein wollten, müßten sie auch diejenigen Paragraphen beseitigen, in denen die Beleidigung ausländischer Fürsten mit Strafe bedroht wird. Was den Begriff der Bösartigkeit in dieser Vorlage anlange, werde so nichts anderes übrig bleiben, als das Wort im Vertrauen auf unsere deutschen Richter beizubehalten oder ganz zu streichen. Andererseits hätten die Regierungen auch nicht das Mißtrauen zu den Richtern, daß sie in einseitiger und parteipolitischer Weise derartige Delikte beurteilen werden. Wenn ein Mißgriff vorkommen sollte, dann seien noch Instanzen zur Korrektur vorhanden.

Abg. Dr. Osann (Natl.) führt aus, bei den Majestätsbeleidigungen liege nicht nur eine persönliche Beleidigung vor, sondern eine Beleidigung, die der Majestät als Träger der Staatsgewalt gegenüber ausgesprochen werde. Zu den Richtern habe er das Vertrauen, daß sie den Begriff „böswillig" so auslegen werden, wie er ausgelegt werden soll. — Nach Ansicht des Abg. Graef-Weimar (Wirtsch. Vgg.) ist der sozialdemokratische Antrag überhaupt nicht ernst zu nehmen, er werde hoffentlich von keiner der bürgerlichen Parteien unterstützt werden. — Abg. Dr. Müller-Meiningen (Frs. Vpt.) hebt hervor, Heine sei nicht ganz konsequent; in der Kommission sei er für „Böswilligkeit" eingetreten. Je weniger Majestätsbeleidigungsprozesse, um so höher die Würde und das Ansehen der Majestät! — Abg. Dr. Wagner (Kons.) erklärt, seine Partei stimme den Kommissionsbeschlüssen zu, hoffend, daß derartige Prozesse möglichst bald ganz verschwinden werden. — Abg. Heine (Soz.) geht nochmals auf den Königsberger Prozeß ein. Eine Beleidigung des lebenden Monarchen sei nicht auf dem Wege über die Königin Luise konstruiert worden, gegen welche Beleidigungen ausgesprochen seien, sondern aus den Ausdrücken „Tragikomödie der Enthüllung" 2c. — Staatssekretär Dr. Nieberding nimmt das Königsberger Gericht gegen den Abg. Heine (Soz.) in Schutz, indem er den Verwurf, das Gericht habe die Majestätsbeleidigung auf Schleichwegen konstruiert, mit Entrüstung zurückweist.

Nach weiteren Bemerkungen wird der Gesetzentwurf in der Fassung der Kommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die Beratung des

Scheckgesetzes.

Abg. Nacken (Ztr.) führt aus, die wirtschaftlichen Vorteile des Scheckverkehrs seien bekannt, der Bedarf an Metallware werde hierdurch ganz wesentlich eingeschränkt. Redner betont dann, daß Deutschland auf diesem Gebiete noch weit zurück sei. Es sei das Verdienst des Reichsbankpräsidenten Dr. Koch, immer wieder auf die Vorteile des Schecks verwiesen zu haben. Der Scheckverkehr habe sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdoppelt. Für die Durchberatung der Einzelheiten des Gesetzes beantrage er die Einsetzung einer vierzehngliedrigen Kommission. — Abg. Arnold (Kons.) begrüßt freudigst, daß durch rechtliche Zulassung des Scheckverkehrs endlich eine Erweiterung und Entlastung des Weltmarktes eintrete und schließt sich dem Antrage auf Ueberweisung an eine vierzehngliedrige Kommission an. — Abg. Dr. Weber (Natlib.) ist mit dem Inhalt der Vorlage einverstanden, da sie den Anforderungen, die der moderne Verkehr stelle, entspreche. Man könne die Vorlage ohne Kommissionsberatung annehmen. — Unterstaatssekretär Wermuth schließt sich einer Bitte des Vorredners an, die Vorlegungsfrist nicht über zehn Tage auszudehnen. Der Entwurf gehe hierin weiter, als die früheren Entwürfe und die meisten ausländischen Staaten. Auch werde der Bundesrat nach Möglichkeit die Abrechnungsstellen über alle Teile des Reiches verbreiten. Alle Nachbarstaaten hätten kürzere Zahlungsfristen. Der Entwurf solle nur eine privatrechtliche Regelung des Scheckverkehrs bringen. Auf den Postscheckverkehr hier einzugehen, empfehle sich nicht.

Auch die Redner der anderen Parteien stimmten der Vorlage zu, deren Beratung nicht zu Ende geführt wurde.

Das Abgeordnetenhaus

erledigte am Dienstag zunächst eine Reihe kleinerer Etats debattelos. Der Etat der Seehandlung wurde an die Budgetkommission verwiesen. Beim Etat der Münzverwaltung kam es zu einer kleinen Währungsdebatte. Der Abg. v. Arnim (kons.) tadelte die Einziehung der Taler und wünscht die Ausprägung von 25 Pfg.-Stücken. Ihm schloß sich der konservative Abg. Graf Kanitz an. Abg. Dr. Trüger (Frs. Vpt.) sprach sich gleichfalls für die Ausprägung von 25 Pfg.-Stücken aus, erklärte, daß er auch nichts gegen größere Silberausprägung habe, wenn dadurch nicht an der Goldwährung gerüttelt werde. Abg. Kirsch vom Zentrum gab der Hoffnung auf eine grundsätzliche Aenderung des Münzgesetzes Ausdruck und wünschte eine andere Form für die Fünfmarkstücke. Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben gab die Erklärung ab, daß an der Goldwährung unter keinen Umständen gerüttelt werden würde, dagegen halte er die Erhöhung der Kopfquote der Silbermünzen auf 20 Mk. für rätlich. Der Ausprägung von 25. Pfg.-Stücken stellte sich der Minister sympathisch gegenüber. Abg. Dr. Crüger stellte mit Genugtuung fest, daß an der Goldwährung nicht gerüttelt werden solle, während Graf Kanitz versicherte, daß an die Einführung der Doppelwährung niemand mehr denke. Bei der dann fortgesetzten Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung traten mehrere Abgeordnete für Bereitstellung größerer Mittel zur Aufforstung von Oedländereien ein. Eine längere Debatte über innere Kolonisation entspann sich bei dem im Extraordinarium vorgesehenen Fonds zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen. Ein Antrag der Budgetkommission fordert die Regierung auf, auch für andere Provinzen Mittel zur Unterstützung von gemeinnützigen Landgesellschaften bereitzustellen. Hierzu lagen mehrere Anträge von konservativer und freikonservativer Seite auf anderweitige Verteilung der im Etat vorgesehenen Summen vor. Ein nationalliberaler Antrag verlangte die Erleichterung der Schaffung von kleinen Rentengütern im Interesse der Seßhaftmachung von Arbeitern. Abg. Gyßling (Frs. Vpt.) beantragte, diese Anträge der Budgetkommission zu überweisen und betonte die Wichtigkeit der inneren Kolonisation für die Landwirtschaft und den ganzen Staat. Die Anträge wurden der Budgetkommission überwiesen. — Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Die Ostseefrage.

Nachdem die Presse aller Länder mancherlei, zum Teil sich widersprechende Mitteilungen über die diplomatischen Verhandlungen betr. die Garantie des status quo in der Ostsee veröffentlicht hat, kommt jetzt eine offiziöse Meldung aus Petersburg, die einigermaßen Klarheit schafft: Der Abschluß des am 2. November 1907 in Christiania erfolgten Abkommens zwischen Rußland, Deutschland, Frankreich, England und Norwegen, betreffend die territoriale Integrität Norwegens, im Zusammenhange mit Abänderung des Traktates vom 21. November 1855 über die französisch-englische Garantie des gesamten Territoriums der ehemaligen vereinigten Königreiche Schweden und Norwegen, rückte naturgemäß die Frage der internationalen Lage Schwedens in den Vordergrund. Durch den darauf folgenden Meinungsaustausch wurde klar, daß die schwedische Regierung, obschon durch die für Norwegen geschaffene Ausnahmestellung beunruhigt, dennoch keinesfalls bestrebt sei, von den Großmächten, ähnlich wie Norwegen, eine besondere internationale Garantie seiner territorialen Integrität zu erhalten. Infolgedessen wurde der Gedanke rege, die schwedischen Interessen sicher zu stellen durch den Abschluß besonderer Deklarationen zwischen Schweden einerseits und Rußland und Deutschland als Uferstaaten des Baltischen Meeres andererseits und durch Aufrechterhaltung des gegenwärtigen status quo. Nur hierüber gehen gegenwärtig Verhandlungen zwischen Petersburg und Stockholm einerseits und Stockholm und Berlin andererseits vor sich, wobei von keinerlei anderen Bedingungen bezüglich der Lage des Baltischen Meeres in Friedens- oder Kriegszeiten die Rede gewesen ist. Dänemark hat bisher an dem Meinungsaustausch nicht teilgenommen. Frankreich und England sind von den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden.

Das Branntweinmonopol.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten beriet Dienstag nachmittag die Interpellation des Zentrums: „Wie sich die bayerische Regierung zu dem Gedanken der Einführung des Reichsbranntwein-Monopols verhält, und wie sie die in der Reichsverfassung und in der bisherigen Branntweinsteuergesetzgebung gewährleisteten Reservatrechte Bayerns zu wahren gedenkt. Frhr. v. Freyberg (Zentrum) wies bei der Begründung der Interpellation den Gedanken an ein Monopol zurück. Finanzminister v. Pfaff betonte, daß das Reich notwendig seine eigenen Einnahmen vermehren müsse, aber nicht durch Einführung direkter Steuern. In letzter Zeit sei die Erhöhung der Branntweinsteuer erwogen worden, ein bezüglicher Gesetzentwurf sei aber im Bundesrat noch nicht durchberaten. Es sollen den bestehenden Brennereien ihre bisherigen Betriebe gewährleistet werden, auch soll ein Reichsamt geschaffen werden, das den Branntwein von der Brennerei kauft zu einem Preise, der den Kosten der Herstellung entspricht. Der Schlemp verbleibt kostenlos den Brennereien. Die Reichsstelle besorgt die Reinigung des Branntweins und schließt mit den bestehenden Reinigungsanstalten Verträge ab. Süddeutschland erhält eine besondere Vorzugsstellung. Die Durchführung der Bestimmungen verbleibt den Einzelstaaten. Das Reich wird im allgemeinen nur die Tätigkeit der Spirituszentrale übernehmen. Die bayerische Regierung glaubt, diesem Entwurf nicht widersprechen zu können. Das bayerische Reservatrecht wird selbstverständlich in vollem Umfange gewahrt werden. Das Reservatrecht besteht für Bayern in der Richtung, daß das Kontingent nicht abgeändert werden könne ohne seine Zustimmung. Sollte es nicht gelingen, einen vollwertigen dauernden Ersatz für das Reservatrecht zu erlangen, dann würde Bayern gegen die Abänderung der geltenden Bestimmungen stimmen. In der Besprechung der Interpellation betonte, nachdem mehrere Redner strikte die Wahrung der bayerischen Interessen verlangt hatten, Finanzminister v. Pfaff, die bayerische Regierung habe Anträge gestellt, welche die Interessen der bayerischen Landwirtschaft wahren und das Reservatrecht aufrecht erhalten. Die ganze Frage werde vor der definitiven Zustimmung der bayerischen Regierung dem Landtage unterbreitet werden. Damit ist die Besprechung erledigt.

Dieser Interpellation folgte eine Interpellation Auer (Soz.) und Genossen: Was die Regierung wegen der Erklärung des Reichskanzlers zum preußischen Wahlrecht im Bundesrat zu tun gedenke. Ministerpräsident Frhr. v. Podewils lehnte die Beantwortung der Interpellation ab, da es sich um eine rein preußische Angelegenheit handele. Der Antrag auf Besprechung der Interpellation fand nicht die erforderliche Unterstützung. Die Sache ist damit erledigt.

Deutschland.

— **Die Budgetkommission** des Reichstags hat bei Beratung des Marineetats in den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 90 000 Mark gestrichen, im außerordentlichen Etat wurden 4 200 000 Mark abgesetzt. Angenommen wurde eine Resolution, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu geben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben, sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichs-Marinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

— **(Die Besoldung der Postbeamten.)** Vor einigen Tagen hat im Reichspostamt eine Konferenz über die Besoldungsfrage der Postbeamten stattgefunden. In dieser Konferenz wurde der Beschluß gefaßt, die Postsekretäre in der Frage des Wohnungsgeldzuschusses den Assistenten gleichzustellen, während die Zuschüsse der Sekretäre bei den anderen Behörden erhöht werden. Dieser Beschluß hat in den Kreisen der Postsekretäre große Erregung hervorgerufen.

Dem Vorstande des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten ist aus zuverlässiger Quelle die Mitteilung zugegangen, daß die Beratungen über die Gehaltsaufbesserungen für die mittleren Post- und Telegraphenbeamten mit folgendem Ergebnis zu Ende geführt worden sind: Assistenten (bisher 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000) 1650, 1900, 2150, 2400, 2650, 2900, 3100, 3300; Sekretäre (bisher 1700, 2000, 2300, 2600, 2900, 3100, 3300, 3500) 1800, 2150, [illegible]00, 2850, 3200, 3550, 3 00. Da die Aufrückung in Zeiträumen von je drei Jahren erfolgt, erreichen die Assistenten das Höchstgehalt wie bisher in 21 Jahren, die Sekretäre (bisher in 21 Jahren) in 18 Jahren. Weiter wird noch gemeldet, daß das Meistgehalt der Obersekretäre und Postmeister, die aus den Sekretären hervorgehen, von 4200 Mark auf 4500 Mark erhöht wird.

— **Ueber eine polizeiliche Ueberwachung** der Lehrer in der Provinz Posen weiß die Preußische Lehrerzeitung zu berichten. Danach sind die Gendarmen beauftragt, darauf zu achten, daß an patriotischen Festen die Schulen beflaggt sind, und sie sind angewiesen, der vorgesetzten Behörde (also dem Landrat) zu berichten, wo dies nicht geschehen sein sollte. Weiter wurden in einem Polizeidistrikt Schulstraflisten wegen unberechtigter Schulversäumnisse der Schüler den Gendarmen übergeben mit dem Auftrag, bei den Leuten festzustellen, ob der Lehrer die für die Versäumnisse angebenen Gründe wahrheitsgetreu eingetragen habe.

— **Der Fall Hau** im badischen Landtag. Das geheimnisvolle Verbrechen an den Lindenstaffeln zu Baden-Baden beschäftigt noch fortgesetzt die Gemüter in Baden-Baden. Auch im badischen Landtag kam der Fall Hau nochmals zur Erörterung. Bei der Beratung des Justizetats richtete in der zweiten badischen Kammer der freisinnige Abgeordnete Frühauf Angriffe gegen die Justizverwaltung wegen der Behandlung, die der Verteidigung im Falle Hau zuteil geworden war. Der Ministerpräsident und Justizminister v. Dusch wies diese Angriffe zurück, indem er hervorhob, es sei in allen Instanzen korrekt vorgegangen worden. Ferner wandte sich der Mannheimer Landgerichtsdirektor Oblkircher (Nat.) gegen Frühauf. Er meinte, daß im Falle Hau auch der Verteidiger Fehler gemacht habe, indem er die Presse zugunsten seines Klienten mobilisierte. Sehr scharf wandte sich auch Ministerialdirektor Duffner gegen die Klagen des Abgeordneten Frühauf. Diese seien schon Gegenstand formeller Beschwerde gewesen, aber als unbegründet zurückgewiesen worden. Ministerialdirektor Duffner sprach übrigens sehr warme Worte für Fräulein Olga Molitor.

Ausland.

Marokko.

— **Spanische Berichte aus Casablanca** schildern in lebhaften Farben das furchtbare Blutbad, das die Franzosen durch ihre Melinitbomben in Settat anrichteten. Der Ort Settat wurde von den Marokkanern heldenmütig verteidigt. General d'Amade dürfte den Angriff auf die marokkanischen Truppen bald erneuern, da Settat die Straße nach Marrakesch beherrscht. Da diese Kämpfe im Inneren mit den Ereignissen in Casablanca nichts mehr gemein haben, schreibt die hiesige Presse Frankreich die Absicht zu, sich unter Annullierung der Algeciras-Akte mit bewaffneter Hand Marokkos zu bemächtigen. Große Mengen Kriegsmaterial kommen täglich in Casablanca für die Franzosen an und ebenso unaufhörliche Truppenverstärkungen.

Kolonien.

— **Zu der Ermordung des Sanitätsunteroffiziers Brückner** durch ostafrikanische Eingeborene wird jetzt amtlich vom Gouvernement in Dar es Salam gemeldet: Die Askari-Patrouille, welche zur Verfolgung der Mörder ausgesandt war, ist von ihrer Expedition zurückgekehrt. Mafumbi, der Hauptschuldige, und sämtliche Mittäter sind eingeliefert. Auch die zerstückelten und verbrannten Ueberreste Brückners wurden entdeckt und mitgebracht. Die früher vermuteten Motive der Tat sind nunmehr festgestellt; die Eingeborenen haben den Mord aus Angst vor Anzeige wegen unerlaubter Jagdausübung begangen. Die Hauptverhandlung gegen die Mörder wird demnächst stattfinden.

Eisenbahnkatastrophe bei Mailand.

Durch das bereits gemeldete folgenschwere Eisenbahnunglück auf der Station Aquabella bei Mailand wurden elf Insassen des Personenzuges getötet und 36 verletzt, darunter 16 schwer. Ausländer befanden sich nicht darunter. Nach einer weiteren telegraphischen Meldung sind von den Verletzten bis jetzt 25 geborgen, unter diesen befinden sich drei Schwerverletzte.

An der Stätte des Unglücks haben sich furchtbare

Schreckensszenen

abgespielt. Die erste Hilfe wurde den Verunglückten von den Geistlichen eines nahe gelegenen Alumnates gebracht, denen sich furchtbare Bilder des Schreckens boten. Ein Mädchen hielt seine jüngere Schwester mit zermalmten Armen und Beinen auf dem Schoß und rief sie mit den zärtlichsten Namen. Die jüngere aber war bereits tot. Zwei fünfjährige Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, waren nur noch eine unförmliche Masse. Dem Knaben war der Kopf vom Leibe getrennt. Die Leichen wurden in den Theatersaal des Alumnates geschafft. Nach dem ersten Zusammenstoß waren die Insassen des Schnellzuges Rom—Mailand erschrocken ausgestiegen und wurden von dem gerade einlaufenden Schnellzug Genua—Mailand erfaßt und getötet. Der Personenzug nach Bergamo hat den größten Materialschaden erlitten, da die beiden Schnellzüge viel schwerere Wagen führten. Die Lokomotive des Schnellzuges Rom—Mailand, die quer über das Nebengleis gestürzt war, hatte den zweiten Zusammenstoß veranlaßt. Zwei Stunden später rollte sie die hohe Böschung herunter. Der Nebel war undurchdringlich. Die Fackeln waren kaum sichtbar. Entsetzlich war der Ausdruck des Schreckens in den Zügen der Geretteten. Einige weinten, die anderen lachten und redeten irre. Die Hauptschuld trägt ein Weichensteller, der die Flucht ergriffen hat, als er den zweiten Schnellzug heranbrausen sah. Der Zugführer des Schnellzuges Mailand—Rom hatte es unterlassen, einen Schaffner mit grüner Laterne am Ende des Zuges aufzustellen, um zu signalisieren, daß das Gleis gesperrt sei. Vielleicht wäre dadurch der zweite, folgenschwerere Zusammenstoß vermieden worden, obgleich der Genueser Schnellzug, um eine Verspätung nachzuholen, rasend schnell fuhr.